

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4** **Standpunkt**
Transformiert euch – und gestaltet den Wandel!
- 12** **Forschung & Publikationen**
Öffentlichkeitsbeteiligung:
Mitwirkung von Kommunen
- 22** **Neue Projekte**
Wie mobilisiert man
Bauland?
- 27** **Veranstaltungen**
Mit Klimavorsorge der Hitze
in der Stadt begegnen

Editorial

Standpunkt

- 4 Transformiert euch – und gestaltet den Wandel!

Forschung & Publikationen

- 6 Difu-Jahrbuch gibt Einblicke, Rückblicke und Ausblicke
- 7 Fachkräftebedarf der Kommunen in Zeiten von Arbeit 4.0
- 8 Nutznießerfinanzierung der ÖPNV-Infrastruktur
- 9 Nationale Unterstützungsprogramme für Sustainable Urban Mobility Pläne
- 10 Moderne Stadtgeschichte: Stadt und Vergnügen
- 12 Mitwirkung von Kommunen an der Öffentlichkeitsbeteiligung
- 13 Einstieg in den kommunalen Klimaschutz leicht gemacht
- 14 Auch Kinder mit Beeinträchtigungen sind in erster Linie Kinder
- 15 Checkpoint Teilhabe: Lösungen für die Kinder- und Jugendhilfe
- 21 Planungstool zur klimaangepassten Infrastruktur- und Stadtentwicklung

Neue Projekte

- 22 Wie mobilisiert man Bauland?
- 22 Bodenpolitik: Wer macht was?

- 23 Baugebote in der Kommunalpraxis
- 23 Mieterticket statt Pkw-Stellplatz
- 24 Modelle für Kultur im Wandel
- 24 ÖPNV on demand
- 25 Kitas transparent finanziert
- 25 Fahrplan für Stadtentwicklung

Veranstaltungen

- 26 Veranstaltungsvorschau
- 27 Mit kommunaler Klimavorsorge der Hitze in der Stadt begegnen
- 28 Bürgerdialog in Zeiten aufgeheizter Debatten
- 30 Was ist schön? Neubau oder Rekonstruktion?
- 31 Kommunale Verkehrsplanung in einer sich wandelnden Gesellschaft

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich ... ein Radschnellweg und was eine Fahrradstraße?
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwender
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Difu-Inter-/Extranet
- 35 Difu-Mediennachlese

Editorial



Fotos: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

„wasch‘ mir den Pelz, aber mach‘ mich nicht nass“ – diese Redensart drängt sich immer häufiger mit Blick auf das Erreichte in Sachen Verkehrswende und Maßnahmen gegen den Klimawandel auf. Auf der einen Seite die wenige, noch verbleibende Zeit, um absehbaren Negativauswirkungen entgegenzutreten, auf der anderen noch zu zaghafte Entscheidungen und lange Übergangsfristen.

Auf vielen Ebenen ist jedoch eine tiefgreifende Transformation notwendig. Entsprechend klare Beschlüsse und beherzteres Handeln sind überfällig. Dazu wird der Pelz nass werden und wir alle müssen unsere Komfortzone verlassen, unpopuläre Entscheidungen treffen und die Folgen aktiv gestalten. Auch der aktuelle Standpunkt in diesem Heft widmet sich dem Thema Transformation. Er zeigt am Beispiel der „Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2020“, dass durchaus Gestaltungsspielraum für Kommunen besteht, um Notwendiges auf den Weg zu bringen. Es gilt, die neuen Optionen intensiv zu nutzen!

Darüber hinaus stellen wir Ihnen im neuen Heft wieder viele Arbeitsergebnisse und Informationen unserer Forschungsbereiche zu allen Themen rund um die Stadt vor.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Prof. Dr. Carsten Kühl
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Dr. Busso Grabow
Geschäftsführer

Transformiert euch – und gestaltet den Wandel!

Die Neuausrichtung der Städtebauförderung ab 2020 eröffnet den Kommunen ganz neue Gestaltungsspielräume zur Initiierung urbaner Transformationsprozesse und einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Manchmal sind es ganz unscheinbare und vermeintlich technisch daherkommende Vereinbarungen, mit denen in der Politik neue Tore aufgestoßen werden. Monatelang wurde zwischen Bund und Ländern die „Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2020“ verhandelt. Nur wenige Informationen davon drangen an die Öffentlichkeit. Selbst die Fachcommunity war über lange Phasen hinweg nicht wirklich involviert. Das Dokument, das jetzt noch von den Ministerinnen und Ministern für Stadt- und Infrastrukturentwicklung der Länder unterschrieben werden muss, ist beachtlich. Denn die Vereinbarung enthält nicht mehr und nicht weniger als eine Aufforderung an die Kommunen: „Transformiert Euch!“ Diese Aufforderung ist zugleich ein Angebot, das sich nicht nur auf die physische Struktur städtischer „Problemquartiere“ einschließlich entsprechender Infrastrukturen bezieht, sondern auch auf Planungs- und Governance-Prozesse und damit die soziale Interaktion zwischen Stadt und Mensch. Denn die jetzt vorliegende Vereinbarung öffnet einen weiten Möglichkeitsraum, der explizit zur Initiierung und Umsetzung urbaner Transformationsprozesse einlädt. Die Kommunen – und die mittelzuweisenden Länder – müssen die neuen Gestaltungsspielräume nun aktiv nutzen.

Diese inhaltliche Neuausrichtung der Städtebauförderung, die durch eine Überführung von vormals sechs in drei Teilprogramme sowie eine textliche Verdichtung der entsprechenden Vereinbarung erreicht wurde, stellt den eigentlichen Gewinn für die Kommunen dar – selbst wenn mit Blick auf die finanzielle Gesamtausstattung und die administrative Abwicklung des Programms rasch wieder Kritik laut werden dürfte. Bereits in der Präambel der neuen Vereinbarung werden aber unmissverständlich die Herausforderungen umrissen: „Die Kommunen stehen aufgrund des demographischen Wandels und veränderter Nutzungsbedingungen und -interessen vor großen Anpassungsbedarfen und städtebaulichen Transformationsprozessen. Dies gilt insbesondere für den Erhalt von lebendigen und identitätsstiftenden Stadt- und Ortskernen, Maßnahmen für den Klimaschutz oder zur Anpassung an den Klimawandel sowie das Schaffen von Wohnraum sowie bedarfsgerechten und zukunftsorientierten Infrastrukturen“.

Neu in der Verwaltungsvereinbarung 2020 ist ein umfassender Katalog an Fördertatbeständen. Dazu zählt erstmalig eine detaillierte Aufzählung möglicher Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung, die von der energetischen Gebäudesanierung, der Bodenentsiegelung über klimafreundliche Mobilität und Baustoffe bis hin zur Erhöhung der Biodiversität reichen. In der Zukunft muss sogar im Rahmen von städtischen Gesamtmaßnahmen mindestens eine Maßnahme im Zuwendungszeitraum der Umsetzung eines solchen Fördertatbestandes dienen. Auch „Maßnahmen zum Einsatz digitaler Technologien (städtische Vernetzung von Infrastrukturen, Daten, Netzen)“ werden künftig genauso förderfähig sein, wie Formen des Quartiersmanagements und interkommunale Maßnahmen sowie Stadt-Umland-Kooperationen. Darüber hinaus enthält der Katalog die Möglichkeit zur Initiierung von „Maßnahmen mit hohem Innovations- und Experimentiercharakter in außerordentlichen Stadtentwicklungsformaten“. In diesem Kontext sieht die Verwaltungsvereinbarung gleich mehrfach die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einschließlich von Kindern und Jugendlichen sowie von „schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen“ vor.

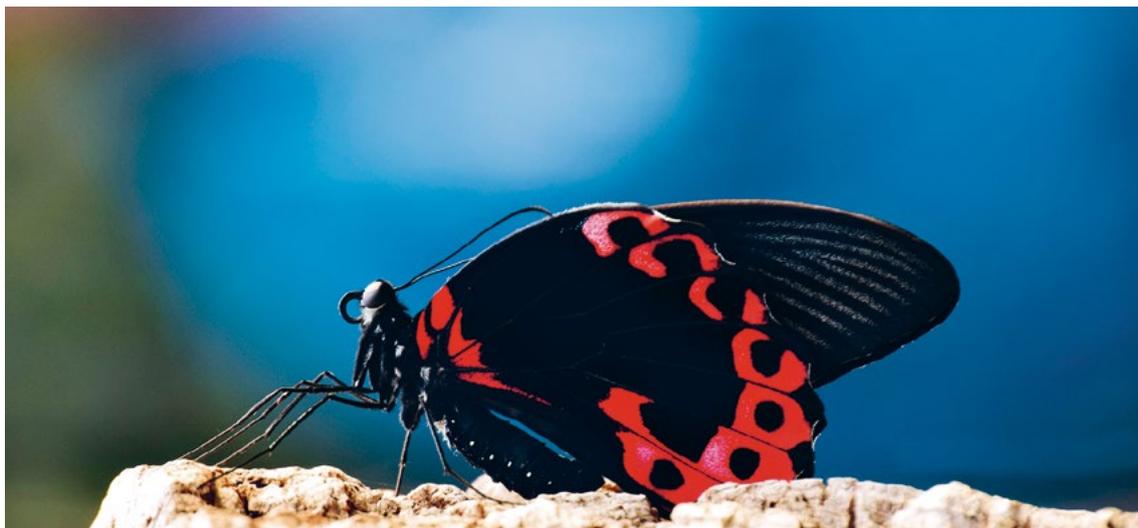
Leicht ließe sich kritisieren, dass dieser Katalog einem zu breit aufgestellten „Gemischtwarenladen“ ähnele, mit dem das seit Jahren praktizierte „Gießkannenprinzip“ mit einem jährlich vom Bund zur Verfügung gestellten Gesamtbudget in Höhe von 790 Mio. Euro nur noch verschärft werde. Eine gezielte und nachhaltige Förderung strukturschwacher Kommunen könne angesichts der bereits in der Vergangenheit bestehenden Überzeichnung der Programme – also dem Umstand, dass die Kommunen mehr Förderanträge stellen als die Länder bewilligen können – auf diese Weise kaum gelingen. Tatsächlich könnte der Wettbewerb um Fördermittel unter den Kommunen bei einem breiteren Katalog an Fördertatbeständen noch zunehmen. Allerdings war und ist die Städtebauförderung aus guten Gründen eine Anschubfinanzierung. Und so kann der für die Städtebauförderung zur Verfügung gestellte Mittelansatz mit Blick auf die von der Gesamtheit der Kommunen pro Jahr getätigten Ausgaben in Höhe von knapp 200 Mrd. Euro immer nur einen Bruchteil ausmachen – zumal die kommunale



Foto: Difu

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Unter Mitarbeit von
Dr. Jens Libbe
Jan Hendrik Trapp
Robert Riechel



Investitionstätigkeit schon seit längerem an eine „gläserne Decke“ aus aufgestauten Investitionsrückständen der vergangenen Jahre, fehlendem Personal in den Stadtplanungs- und Baudezernaten sowie einer Auslastung des Baugewerbes gestoßen ist.

Umso mehr gilt es, den Paradigmenwechsel in der neuen „Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2020“ hin zu einem transformativen Stadtumbau ernst zu nehmen und zu nutzen: In der Vergangenheit waren Maßnahmen der Städtebauförderung auf den „sozialen Zusammenhalt und die Integration aller Bevölkerungsgruppen“ in Räumen „mit erhöhten strukturellen Schwierigkeiten zu konzentrieren“, um dort durch eine „Behebung städtebaulicher Missstände“ die Attraktivität der Städte und Gemeinden als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu stärken. In Zukunft zielt die Städtebauförderung hingegen auf eine „zukunfts-fähige, nachhaltige und moderne Entwicklung der Städte und Gemeinden“ durch „nachhaltige Innenentwicklung“, „Reduzierung des Flächenverbrauchs“ sowie „bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Infrastrukturen“. Auf diese Weise gilt es, „Teilhabe und Austausch am gesellschaftlichen Leben für alle zu ermöglichen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt“ zu stärken. Hinter dieser Vorstellung steht – mindestens implizit – die Vorstellung einer an Nachhaltigkeitszielen orientierten urbanen Transformation.

Nachdem der Begriff „Transformation“ lange Zeit eher Gegenstand der wissenschaftlichen Debatte war, hat er in den letzten Jahren mehr und mehr Einzug in die politischen Diskussionen gehalten. In seiner Abstraktheit hat er dabei – ähnlich wie auch schon der „Reform“-Begriff vor ihm – das Zeug, zu einer bloßen Hülse zu verkommen. Auf kommunaler Ebene geht es dabei aber um nicht mehr und nicht weniger als die bewusste Gestaltung eines zielgerichteten Wandels der Städte und ihrer Infrastrukturen in Richtung Nachhaltigkeit. So sollen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten sowie

universelle Mindeststandards für substanzielle, politische und ökonomische Teilhabe und eine Anerkennung der kulturellen und räumlichen Diversität der Städte und Stadtgesellschaften einschließlich einer Stärkung vorhandener Kreativitäts- und Innovationspotenziale gewährleistet werden.

Mit der „Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2020“ ist der erste Schritt in diese Richtung getan. Für eine „neue Generation“ des Stadtumbaus leistet sie bei den Verantwortlichen aus Politik und Administration einen wichtigen Beitrag zur Bewusstseinsbildung hinsichtlich bereits heute bestehender Transformationsnotwendigkeiten. Nun müssen die Kommunen die neuen Gestaltungsspielräume für grundlegende Veränderungen und zum Experimentieren nutzen. Integrierte Stadtentwicklung muss dazu tatsächlich gelebt werden. Neben einer fach- und dezernatsübergreifenden Zusammenarbeit muss dazu periodenübergreifend und unter aktiver Einbeziehung der Bürgerschaft die Stadt von übermorgen vorausschauend geplant werden. Transformative Stadtentwicklungsmaßnahmen dürfen sich nicht in einer Aufwertung oder Wiederherstellung von benachteiligten Quartieren erschöpfen. Vielmehr gilt es, mit entsprechenden Maßnahmen – unter Einbeziehung der je spezifischen Potenziale – den Einstieg in einen umfassenden Umbau der Städte vorzunehmen. Dies schließt viele wichtige Bereiche ein: den Umbau der städtischen Energiesysteme zur Gewinnung von Energieeffizienzpotenzialen im Quartierskontext und eine substanzielle Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung, heterogene und kleinteiligere Erzeugungsstrukturen, neue Betreiber- und Geschäftsmodelle, den Umbau und die Neuorganisation städtischer Mobilitätssysteme, die Neuordnung von Verkehrsflächen einschließlich autofreier Quartiere, aber auch Maßnahmen zur Förderung der urbanen Produktion, Landwirtschaft und Ernährung einschließlich neuer Arbeitsformen sowie zur Integration und Förderung der kulturellen Diversität.

zum Weiterlesen

Städtebauförderung des Bundes und der Länder
 → www.bit.ly/2Gpz7Bf

Vom Stadtumbau zur städtischen Transformationsstrategie
 → www.bit.ly/2Rx1uDX

WBGU-Hauptgutachten zur transformativen Kraft der Städte
 → www.bit.ly/2O5CZvA

Difu-Jahrbuch gibt Einblicke, Rückblicke und Ausblicke

Das neue Difu-Jahrbuch gibt Einblicke in die Schwerpunkte der Forschungs- und Fortbildungsarbeit 2018/2019 des Deutschen Instituts für Urbanistik. Zudem informiert es über die Planungen der Folgejahre.



Komprimiert und akzentuiert stellt das neue Difu-Jahrbuch dar, mit welchen Themen und Aufgabenstellungen sich das Institut 2018 und 2019 beschäftigte. Das Jahrbuch fasst für Politik, Kommunalpraxis, Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit ausgewählte Ergebnisse und Erkenntnisse aus seiner umfangreichen Forschungs- und Fortbildungsarbeit zusammen.

Und die Bilanz ist beeindruckend: In 2018/2019 bearbeitete das Difu zahlreiche Forschungsprojekte zu allen kommunal relevanten Themen und bot ein umfangreiches Angebot an Fortbildungen und weiteren Fachveranstaltungen in Berlin oder an anderen Standorten an. Angesichts der Fülle kommunaler Themen, mit denen sich die Difu-Fachleute empirisch und interdisziplinär befassen, werden im Jahrbuch nur Akzente gesetzt und Schwerpunkte herausgearbeitet. Dennoch veranschaulicht der Band mit Blick auf das große Spektrum unterschiedlicher Auftraggeber sowie die vielen Partner aus Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft das weite Leistungsspektrum und die intensive Praxisorientierung des Instituts. Der Wissenstransfer findet am Difu in vielfältigen Formen statt: Forschung, Fortbildung, Erfahrungsaustausch, Beratung sowie durch zahlreiche Online- und Printpublikationen.

Im Kapitel „Forschen, Bilden, Vernetzen für und mit den Kommunen“ des Jahrbuchs beleuchtet

die Institutsleitung Difu-Aktivitäten der letzten zwei Jahre aus der Perspektive des Gesamtinstituts und unter Einbeziehung wichtiger institutsstrategischer Entwicklungen. Das nachfolgende Kapitel „Forschung und Praxis“ vertieft die inhaltlichen Schwerpunkte der Forschungsarbeit und eröffnet einen Blick in die vier Difu-Forschungsbereiche. Das Themenspektrum ist weit: Sozialer Zusammenhalt, Wohnen, Städtebau und Stadtentwicklung, Recht, Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Infrastruktur, Mobilität, Umwelt. In den Kapiteln der Forschungsbereiche wird auf Projekte und Publikationen im Themenumfeld hingewiesen, sodass einzelne Themen bei Bedarf weiter vertieft werden können.

Last, but not least dienen aktuelle Basisinfos zu Organisation, Output und Standing des Instituts der allgemeinen Information über das Difu. Wie etwa haben sich Finanzen und Personalbestand entwickelt? Wie steht es um Fortbildungsangebote, Öffentlichkeitsarbeit und Publikations-tätigkeit? Das Difu-Organigramm und Infos zu Gesellschafter, Zuwendern und Gremien vervollständigen den Daten- und Faktenabschnitt. Das Difu-Jahrbuch erscheint als Print- und Online-Fassung. Letztere wird viele Zusatzinformationen enthalten, etwa Links zu Difu-Veröffentlichungen im Volltext, Bilanzdaten für den Gesamtbetrachtungszeitraum 2018/2019 und weitere hilfreiche Hinweise.



www.difu.de/publikationen
(Publikation in Vorbereitung)



Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Fachkräftebedarf der Kommunen in Zeiten von Arbeit 4.0

Kommunen stehen nicht nur mit Unternehmen, sondern auch mit Bund und Ländern in Konkurrenz um Fachkräfte. Das Difu hat eine Bestandsaufnahme strategischer „Good-Practice-Beispiele“ erstellt, um Kommunen bei diesen Herausforderungen zu unterstützen.

Der Fachkräftebedarf in den Kommunalverwaltungen, bei Eigenbetrieben und kommunalen Unternehmen ist mittlerweile groß. Aufgrund fehlender Personalkapazitäten können Förderprogramme des Bundes und der Länder oft nur mit erheblichem Zeitverzug ausgeschöpft werden, Investitionen werden aufgeschoben oder nicht getätigt und Verwaltungsdienstleistungen in Bürger-, Bau- und Finanzämtern sowie im sozialen Bereich können nur eingeschränkt erbracht werden. Dabei kommt diese Entwicklung nicht überraschend. Bereits mit Einführung des „Neuen Steuermodells“ – als deutscher Ausprägung des „Public-Management-Ansatzes“ – wurden seit Beginn der 1990er-Jahre zahlreiche Instrumente des



strategischen Personalmanagements als Weiterentwicklung der herkömmlichen Personalverwaltung in den Kommunen etabliert. Gleichzeitig musste im Zuge nötiger Haushaltskonsolidierungen oft auf die Nachbesetzung offener Stellen ebenso verzichtet werden, wie auf Ressourcen für den konsequenten Einsatz von Instrumenten zur Übergabe und Sicherung von Wissensbeständen ausscheidender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 2017 war – laut Statistischem Bundesamt – ein Viertel aller Beschäftigten im kommunalen Bereich 56 Jahre alt oder älter. Ähnlich angespannt ist die Lage in kommunalen Unternehmen und Eigenbetrieben. So sind die Kinder- und Jugendbetreuung sowie das Fahrpersonal im ÖPNV intensiv von Fachkräfteengpässen betroffen.

Der Fachkräftebedarf in öffentlichen Verwaltungen trifft auf einen Wandel der Arbeitswelt, der auch stark das individuelle Verständnis von Arbeit verändert. Zu den einflussreichen Entwicklungstrends zählen vor allem die Globalisierung,

Digitalisierung und Automatisierung von Produktions- und Arbeitsprozessen sowie eine Tertiärisierung und Finanzialisierung der Wirtschaft einschließlich der damit einhergehenden Veränderungen von soziokulturellen Wertewelten. So lässt sich bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein wachsendes Bedürfnis nach individuellen Arbeitsbedingungen und -zeiten sowie einer ausgewogenen Work-Life-Balance beobachten. Auf diese sich wandelnden Erwartungen müssen sich auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einstellen – insbesondere in Branchen und Regionen, die bereits heute unter dem absehbaren Fachkräftebedarf leiden. Die Vielfalt dieser Trends und ihre Auswirkungen wurden in dem Difu-Projekt unter den Begriff „Arbeit 4.0“ subsumiert und systematisch aufgearbeitet.

Auch wenn die Kommunen der Herausforderung fehlender Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt nur bedingt steuernd entgegenwirken können, haben etliche Landkreise, Städte und Gemeinden inzwischen Maßnahmen entwickelt, um die Rahmenbedingungen zur Fachkräftegewinnung und -bindung vor Ort zu verbessern. Dabei zeigt sich, dass die Aufgabe als ressortübergreifendes Querschnittsthema angegangen werden muss. Neben einer engen Kooperation zwischen Personalmanagement, Fachverwaltungen und Wirtschaftsförderung ist dazu auch die Einbettung in eine kohärente Gesamtstrategie mit entsprechend konkreten Maßnahmen für eine Modernisierung der Verwaltungsorganisation erforderlich. Denn eine digitalisierte, bürgerorientierte und agile Verwaltung kann einen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität der Kommune als Lebensmittelpunkt – nicht zuletzt für Hochqualifizierte – leisten. Verwaltungintern werden Kompetenzmodelle benötigt, eine positive Fehler- und Veränderungskultur, die Schulung der Fach- und Sozialkompetenzen von Führungskräften, die Schaffung von Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie ein altersgerechtes Personalmanagement einschließlich attraktiver Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zudem können ein gezieltes Wissensmanagement, Mentoring-Programme und ein betriebliches Gesundheitsmanagement sowie digitale Arbeitstools und Formen der interkommunalen Fortbildungskooperation die Attraktivität der Kommunalverwaltungen als Arbeitgeber steigern.



www.difu.de/publikationen
(Publikation in Vorbereitung)



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Nutznießerfinanzierung der ÖPNV-Infrastruktur

Die Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) steht vor großen Herausforderungen. Ist ohne eine Nutznießerfinanzierung die Verkehrswende nicht zu stemmen? Einen Versuch ist es wert meint Berichte-Gastautor Oliver Mietzsch.



Die Verkehrswende ist ohne den drastischen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) nicht zu schaffen. Dies gilt insbesondere für die Ballungsräume, die unter den klimaschädlichen Folgen des motorisierten Individualverkehrs (MIV) am stärksten leiden. Ohne eine Reform der bislang ausschließlich mit den Fahrgeldeinnahmen der Nutzenden und aus Steuern der Allgemeinheit finanzierten ÖPNV-Infrastruktur wird dies aber nicht gelingen. Dafür ist der Finanzbedarf viel zu hoch. Wer Fahrgäste nicht weiter belasten oder sogar entlasten will und sich vor Augen führt, dass Steuerquellen nicht ewig sprudeln werden, sollte sich daher die Frage stellen, wem eigentlich eine gute ÖPNV-Infrastruktur nützt. Natürlich den Nutzenden, die dafür einen Ticketpreis entrichten, mit dem aber auch die Kosten des täglichen Betriebs finanziert werden müssen. Und selbstverständlich der Allgemeinheit, weil mehr ÖPNV weniger Kfz-Verkehr und damit bessere Luft, weniger Staus und Unfälle bedeuten. Deshalb wird auch in Zukunft das Gros der Nahverkehrsfinanzierung aus dem allgemeinen Steuertopf stammen müssen. Nicht vergessen werden sollten aber auch die Nutznießenden, d.h. diejenigen, deren Immobilien durch eine gute Erschließung mit dem ÖPNV mehr wert sind. Was also liegt näher, als die Nutznießenden einer guten ÖPNV-Infrastruktur in Städten auch an den Kosten des Neu- und

Ausbau zu beteiligen – so wie dies bei der Straßeninfrastruktur längst der Fall ist? Allerdings gibt es zwischen Straßen- und Schieneninfrastruktur einige Unterschiede: Während die Straße für alle nutzbar ist, bedarf es zur Nutzung der schienengebundenen ÖPNV-Infrastruktur sowohl besonderer Fahrzeuge als auch entsprechender Zugangspunkte und vor allem eines guten Angebots. Garant hierfür sind die Kommunen, die häufig mit eigenen Verkehrsunternehmen das ÖPNV-Angebot definieren und auch überwiegend finanzieren. Ihnen würde ein neues Instrument zur Finanzierungsbeteiligung der Nutznießenden helfen, die Verkehrswende auch tatsächlich zu schaffen.

Im einer neuen Veröffentlichung der Reihe „Difu-Papers“ eruiert Gastautor Oliver Mietzsch, Nahverkehrsexperte und Autor verschiedener Veröffentlichungen zur ÖPNV-Finanzierung, rechtliche Grundlagen für einen ÖPNV-Infrastrukturbeitrag und entwickelt verkehrliche Erreichbarkeits- und Erschließungsparameter, die eine rechtssichere Ausgestaltung bzw. Anwendung der Nutznießerfinanzierung als realistisch erscheinen lassen. Dabei werden anhand eines Fallbeispiels praktische Auswirkungen des Finanzierungsmodells verdeutlicht.



www.difu.de/13158



vertrieb@difu.de

Nationale Unterstützungsprogramme für Sustainable Urban-Mobility-Pläne

Sustainable Urban Mobility Plans (SUMP) sollen dabei helfen, urbane Mobilität nachhaltig, umweltschonend und integrativ zu realisieren. Städte werden dadurch für die Menschen lebenswerter und attraktiver. Das Difu untersuchte die Förderkulisse in den EU-Staaten.

Im EU-Projekt „CIVITAS PROSPERITY – Prosperity through innovation and promotion of Sustainable Urban Mobility Plans“ wurden neben dem Wissensaustausch zwischen Kommunen, Landesbehörden und weiteren Akteuren zu Erfahrungen mit Sustainable Urban Mobility Plänen (SUMP) auch Erfahrungen über nationale Unterstützungsprogramme und Unterstützungs-Organisationen „Nationale Focal Points“ (NFP) ausgetauscht. Einige EU-Länder bauten innerhalb des Projekts solche Programme auf und entwickelten NFP. Das Difu erarbeitete eine Übersicht zu Inhalten der jeweiligen nationalen Unterstützungen bei der SUMP-Erstellung. Dazu wurden die rechtliche Verbindlichkeit von nachhaltigen Verkehrsplänen in den Ländern dargestellt und ein Überblick der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Unterstützungsprogramme und -organisationen gegeben.

Ein nationales SUMP-Unterstützungsprogramm umfasst Aktivitäten auf nationaler oder regionaler Ebene, die dazu dienen, Kommunen bei der Erarbeitung und Umsetzung von SUMP zu helfen. Das Programm kann unterschiedliche Elemente enthalten: finanzielle Unterstützung für die Erarbeitung und Implementierung eines SUMP, eine nationale/regionale SUMP-Plattform für Erfahrungsaustausch und Weiterbildung, individuell angepasste technische Unterstützung bei der Erarbeitung und Implementierung des Plans oder Aspekte zur Gesetzgebung, wie z.B. eine rechtliche Verpflichtung zur Erarbeitung eines SUMP oder auch die rechtliche Basis für die gemeinsame Aufstellung von verschiedenen räumlichen Plänen zur Minimierung des Planungsaufwands.

In einer neuen Publikation wurden die SUMP-Unterstützungsprogramme und NFPs verschiedener Städte/Regionen/Länder betrachtet: Flandern/Belgien, Frankreich, Großbritannien, Barcelona/Katalonien/Spanien, Schweden, Slowenien, Tschechien, Slowakei. Die Kommunen in Flandern erhalten z.B. für die erstmalige Erarbeitung eines SUMP bis zu hundert Prozent finanzielle Förderung durch die Region, während es für eine Fortschreibung noch bis zu 50 Prozent sind.

Neben der rechtlichen Pflicht der Aufstellung eines SUMP ist die finanzielle Förderung sicher ein wichtiger Grund, dass schon 99 Prozent der flämischen Kommunen über einen SUMP verfügen. Seit 2019 werden nur noch regionale SUMP gefördert. Dazu wurden 15 Verkehrsregionen in Flandern gebildet, die für ihre Region einen Plan erarbeiten. Auch in Slowenien konnten mit Hilfe umfangreicher finanzieller Förderung zahlreiche Kommunen zur Erarbeitung eines SUMP aktiviert werden, so verfügten im Jahr 2018 zwei Drittel der urbanen Regionen Sloweniens über SUMP. In Slowenien gibt es außerdem auch eine SUMP-Plattform, die für Erfahrungsaustausch und zur Weiterbildung für Kommunen konzipiert ist. Ein Netzwerk zertifizierter SUMP-Berater unterstützt die Kommunen bei Erarbeitung eines SUMP. Deren Beteiligung am Erarbeitungsprozess ist gleichzeitig Voraussetzung für eine finanzielle Unterstützung der Kommune für die Erarbeitung eines SUMP. In Frankreich gibt es eine nationale SUMP-Datenbank. In dieser werden Informationen über SUMP aller Kommunen angelegt. In Frankreich gibt es zudem eine rechtlich verbindliche Pflicht zur Erarbeitung von SUMP für Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt Katalonien, wo die Erarbeitung von SUMP für Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern verpflichtend ist sowie für Städte innerhalb der Metropolregion Barcelona mit mehr als 20.000 Einwohnern.

Übersicht zu National Focal Points (NFP) für nachhaltige Mobilitätspläne in der EU

Legende
 ■ Vorhandensein eines NFP unklar
 ■ NFP vorhanden
 ■ Kein NFP vorhanden
 ■ Nicht betrachtet

0 500 1000 km ▲
 Maßstab: 1:35.000.000
 Datengrundlage: OpenStreetMap
 OdbL 1.0, Geofabrik
 Ersteller: Fabian Drews
 Erstelldatum: 12.12.2019

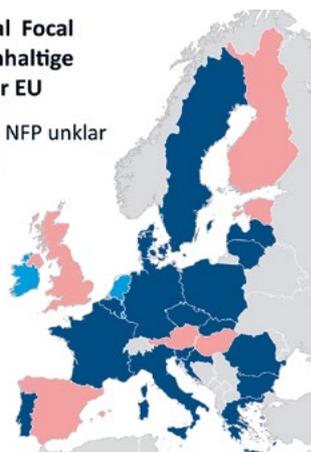


Abbildung: Fabian Drews, Difu

Die Publikation hilft dabei, mögliche Handlungsfelder in Deutschland zu identifizieren. In der vom Difu geleiteten National Task Force SUMP D des PROSPERITY-Projekts wurde ein Rahmen für ein Bundesförderprogramm SUMP/VEP erstellt.



www.difu.de/publikationen
www.difu.de/12346



Dr.-Ing.
 Wulf-Holger Arndt
 +49 30 39001-252
 arndt@difu.de

Moderne Stadtgeschichte: Stadt und Vergnügen

Die neue Ausgabe der Zeitschrift ‚Moderne Stadtgeschichte‘ beleuchtet die Beziehung zwischen ‚Stadt und Vergnügen‘ am Beispiel deutscher und europäischer Städte des 19. und 20. Jahrhunderts.

‚Stadt und Vergnügen‘ ist der Schwerpunkt der neuen Ausgabe der Zeitschrift ‚Moderne Stadtgeschichte‘. Heft 2/2019 thematisiert vor allem Beispiele deutscher und europäischer Städte des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Heft-Herausgeberinnen Yvonne Robel (Forschungsstelle Zeitgeschichte Hamburg) und Alina Just (HafenCity-Universität Hamburg) ordnen in ihrer Einleitung das Thema in übergreifende Prozesse sozialen Wandels ein: Verkürzung der Arbeitszeit, zunehmende finanzielle Spielräume auch der städtischen Arbeiterschaft gegen Ende des 19. Jahrhunderts sowie der Herausbildung städtischer Vergnügungsviertel.

Nach 1880 entstand so das ‚städtische Vergnügen‘ in Form von Varietés, Kinos, aber auch Rummelplätzen etc. als ein klar erkennbarer Sektor



und zugleich konstitutives Element (groß-)städtischer Kultur. Forschungsgeschichtlich konstatieren die Herausgeberinnen eine gewisse Verzögerung in der bundesrepublikanischen Forschung zu ‚Stadtvergnügen‘. Erst seit dem Boom der Alltagsgeschichte in den 1980er-Jahren wurde ‚Vergnügen‘ zum Thema historischer Forschung.

Die Beiträge des Schwerpunkt-Themas fokussieren auf „das Soziale im Verhältnis von Stadt und Vergnügen“ und beleuchten ‚Vergnügen‘ aus verschiedenen Perspektiven: Antje Dietze (Leipzig) über den Leipziger ‚Krystall-Palast‘ und Martin Rempe (Konstanz) über Unterhaltungsmusiker im Kaiserreich untersuchen die Welt des Vergnügens aus der Perspektive der Anbieter, Vergnügen also als Arbeitswelt. Sönke Friedreich (TU Dresden) zeigt hingegen am Beispiel der sächsischen Textilstadt Plauen, dass sich dort im Vergnügen keine klare soziale und sozialräumliche

Trennung zwischen bürgerlichem und populärem Vergnügen während des Kaiserreichs beobachten lässt. Am Beispiel von Tanz- und Kabarettveranstaltungen in der bayrischen Provinz und in Berlin Anfang des 20. Jahrhunderts untersucht Klaus Nathaus (Oslo) Konflikte zwischen metropolitenen und provinziellen Verhaltensmustern und Strategien der kulturellen Profilierung. Nathaus betont eher das Sichtbarwerden von Grenzen zwischen sozialen Schichten im Vergnügungsverhalten. Alina L. Just (HafenCity-Universität Hamburg) schlägt in ihrer Studie zum Hamburger Dom, dem städtischen Jahrmarkt, die zeitliche Brücke in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis in die 1960er-Jahre. Sie präsentiert den ‚Dom‘ als Arena für die Aushandlung neuer sozialer Gefüge und politischer Selbstverständnisse.

Am Beispiel der Debatten über Institutionen der Hochkultur in Dresden nach dem Jahr 1945 arbeitet Martin Reimer (TU Dresden) heraus, wie sich Orte des Vergnügens zu Orten von Machtaneignung verwandelten. Er betont das Narrativ einer ‚Demokratisierung‘ des Vergnügens in dieser Periode (vermeintlichen) Aufbruchs. Hanno Hochmuth (ZZF Potsdam) zeigt schließlich am Beispiel des Kreuzberger Chamissoplatzfestes in den späten 1970er- und 1980er-Jahren den Konnex zwischen Herausbildung einer stadtteilbezogenen Vergnügungskultur und städtebaulichen Planungen und Veränderungen. In der Leitrezension stellt Lisa Kosok (HCU Hamburg) zwei jüngere Arbeiten von Johanna Niedbalski und Jason Wood über Vergnügungsparks in Berlin und international vor.

In der Rubrik ‚Forum‘ wird von Håkan Forsall (Stockholm/HU Berlin) ein historiographischer Überblick zur schwedischen Stadtgeschichte präsentiert. Daniel Tödt (HU Berlin) erprobt die Tragfähigkeit des Konzepts ‚Second Imperial City‘ am Beispiel der Städte Antwerpen, Hamburg, Liverpool und Marseille und reflektiert über die Potenziale und Grenzen einer ‚Global Urban History‘. Die Rubrik ‚Berichte‘ informiert schließlich über eine kleine Tagung mit Beiträgen zu deutsch-japanischen Transfers und Interaktionen zur ‚Urban Governance‘, die im Frühjahr 2019 in Berlin stattgefunden hat.



www.difu.de/13028



Prof. Dr. Dieter Schott
+49 6151-16-57307
schott@pg.tu-darmstadt.de

Prof. Dr.
Christoph Bernhardt
+49 3362-793-142
christoph.bernhardt@
leibniz-irs.de



Mitwirkung von Kommunen an der Öffentlichkeitsbeteiligung

Difu-Studie zur Beteiligung von Kommunen beim Stromnetzausbau zeigt, dass sie im Rahmen der Kommunikation und Beteiligung eigenständig anzusprechen und von Bund, Ländern und Übertragungsnetzbetreibern entsprechend einzubinden sind.

Kommunen haben in weiten Teilen die Risiken und Lasten der mit der Energiewende verbundenen Trassen(aus)bauvorhaben vor Ort zu tragen. Gleichzeitig müssen sie mit Protesten und sich widersprechenden Interessen in der Bevölkerung umgehen. Wie Kommunen sich diesen Herausforderungen stellen, die Angebote der Öffentlichkeitsbeteiligung wahrnehmen und nutzen und wie sie ihre Rolle im Stromnetzausbau definieren, untersuchte das Difu am Beispiel des Bundeslandes Thüringen. Die Studie erfolgte 2019 im Auftrag von „50Hertz“, einem der Träger für die Umsetzung der Trassenführungen (Höchstspannungsleitungen) in Thüringen. 50Hertz begleitet seinen Stromtrassenausbau seit mehreren Jahren durch eine umfangreiche und frühzeitige Öffentlichkeitsarbeit.



Foto: Wolf-Christian Strauß, Difu

Als Schwerpunkt der Untersuchung wurden die Sichtweisen und Erfahrungen thüringischer Bürgermeister*innen und Landrät*innen erfasst. Diese ergaben sich aus der informellen (frühzeitigen, durch den Übertragungsnetzbetreiber initiierten) sowie der formellen (gesetzlich garantierten, durch Bund und Land verantworteten) Öffentlichkeitsbeteiligung zum Stromnetzausbau. Die Befragten geben – nicht nur beim Netzausbau – als Teil der Politik und Verwaltung Richtungsentscheidungen vor, fungieren als Identifikationsfigur und beeinflussen somit das Aushandeln tragfähiger Lösungen zum Stromnetzausbau vor Ort. Die empirische Basis der Studie bildete eine Kombination von qualitativen und quantitativen Erhebungsmethoden. Zum einen wurden leitfadengestützte Interviews mit Fachleuten thüringischer Kommunen geführt. Ergänzend wurden

Fachleute vom Bund, dem Land Thüringen und 50Hertz interviewt. Zum anderen wurde eine flächendeckende schriftliche Befragung aller Städte und Gemeinden in Thüringen durchgeführt. Ein Lenkungskreis, dem Kommunen, kommunale Spitzenverbände, der Bund, das Land Thüringen sowie 50Hertz angehörten, begleitete die Studie.

Durchweg würdigen die Befragten die Öffentlichkeitsbeteiligung von 50Hertz: Sie fühlen sich vom Übertragungsnetzbetreiber gut informiert und schätzen, dass er in ihren Kommunen ansprechbar ist und das Gespräch sucht. Die Studienergebnisse zeigen allerdings, dass es angesichts der Verfahrenslänge, der Komplexität und der Vielzahl der Beteiligungsgelegenheiten vor allem kleineren Gemeinden schwerfällt, die Übersicht über Verfahren und konkrete Projekte des Stromnetzausbaus zu behalten. Die Mitwirkung der Kommunen wird dadurch beeinträchtigt, dass es für sie schwierig ist zu verstehen, auf welcher Ebene (Bund, Land, Vorhabenträger), an welchem Punkt des Gesamtverfahrens und in welchem Beteiligungsschritt sich das Vorhaben gerade befindet. Trotz dieser Herausforderungen kann die Studie nachweisen, dass viele thüringische Gemeinden und Landkreise – getragen vom Ziel, das Beste für die eigene Kommune zu erreichen – Spielräume nutzen, Handlungskorridore erschließen, Interessenkonflikte moderieren und sich mit den Belangen der eigenen Kommune in die Öffentlichkeitsbeteiligung einbringen. Sie leisten somit einen Eigenbeitrag zum Gelingen der Energiewende.

Dies könnte und müsste noch stärker gewürdigt und in den Kommunikationsprozessen berücksichtigt werden. Die Studie „Dialogbrücken beim Stromnetzausbau“ füllt vor diesem Hintergrund eine Wahrnehmungslücke – seitens Politik und Forschung zur Energiewende – und zeigt die Bedeutung von Kommunen als mögliche Dialogbrücken auf. Die Studienergebnisse deuten darauf hin, dass eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende maßgeblich davon abhängt, ob und inwieweit es gelingt, in und mit Kommunen tragfähige Lösungen für den Leitungsausbau zu verhandeln. Eine schlüssige Öffentlichkeitsbeteiligung, die auch kleinere Kommunen adäquat adressiert und unterstützt, ist eine entscheidende Voraussetzung hierfür.



www.difu.de/13365



Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

Dr. Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Einstieg in den kommunalen Klimaschutz leicht gemacht

Die neue Publikationsreihe #Klimahacks unterstützt Menschen, die sich im Klimaschutz engagieren wollen bei der Umsetzung von Klimaschutzprojekten. Jede Ausgabe gibt einen Überblick über ein Handlungsfeld und mündet in der Anleitung für ein konkretes Projekt.



Foto: Sybille Wenke-Thiem, Difu

Mit den ersten beiden veröffentlichten #Klimahacks existiert nun ein Angebot, das insbesondere diejenigen unterstützen soll, die erstmals ein Klimaschutzprojekt in ihrer Kommune anstoßen und durchführen möchten.

Im #Klimahacks No. 1 geht es um den Bereich „Klimaschutz & Mobilität“. Im Fokus steht dabei die Verbreitung von Lastenfahrrädern im innerstädtisch-gewerblichen Einsatz. In einer Schritt-für-Schritt-Anleitung wird u.a. Hilfe für den Projektstart und -verlauf gegeben. #Klimahacks No. 2 widmet sich dem Thema „Kommunaler Klimaschutz & Ernährung“. Hier wird am Beispiel eines „Schlemmerfests“ dargestellt, wie das Thema in Kommunen bekannt gemacht werden kann.

Es gibt zahlreiche Handlungsfelder innerhalb einer Kommune, in denen es sich lohnt, Klimaschutzprojekte anzustoßen. Für Interessierte, die ins Klimaschutz-Engagement einsteigen wollen, ist es jedoch nicht einfach, bei der Vielzahl von angebotenen Informationen durchzublicken. Wie kann man Projekte, die einen Beitrag zur Minderung des Energieverbrauchs und der Treibhausgas-Emissionen leisten, identifizieren und einschätzen? Und welchen Nutzen hätten Kommunen und unterschiedliche Stakeholder dadurch?

Die ersten beiden #Klimahacks aus den Handlungsfeldern Mobilität und Ernährung zeigen daher beispielhaft das Potenzial kommunalen

Klimaschutzes. Beide Themen sind zentral für den Klimaschutz. Der Einfluss von Kommunen ist vielfältig, und es gibt sehr viele gute Projektbeispiele, sodass die Orientierung sehr zeitaufwändig sein kann. Durch das Angebot unterschiedlicher Formate und Inhalte ermöglicht die neue Veröffentlichungs-Serie mit einem kurzen Blick die Relevanz des Themas für den kommunalen Klimaschutz zu erfassen. Die vom Bundesumweltministerium geförderte Veröffentlichungsserie bietet zahlreiche Argumente für den Klimaschutz im jeweiligen Handlungsfeld sowie Anregungen für ein konkretes Projekt. Die Projekte werden anschaulich dargestellt und durch Checklisten, Arbeitsdokumente zum einfachen Ausfüllen oder mit Mustertexten ergänzt. Dadurch werden die Vorbereitung und Umsetzung des Projekts unterstützt.

Besonders lesefreundlich sind die #Klimahacks durch ihr interaktives Online-Format, das „Flipbook“. Über Links können Youtube-Videos abgespielt werden, interaktive Grafikelemente erscheinen zur Vertiefung bestimmter Aspekte und verdeutlichen Arbeitsabläufe. Zusatzinformationen können durch Anklicken nutzbar gemacht und Schaubilder gezoomt werden. Jede Ausgabe enthält zudem eine Linkliste zu kommunalen Praxisbeispielen sowie zu anderen (Difu-)Veröffentlichungen. Die #Klimahacks gibt es auch als barrierefreie Variante und Pdf-Version. Bis zum Projektende im Frühjahr 2021 sind sechs weitere Ausgaben zu weiteren Klimathemen geplant.



www.difu.de/12090



Anne Roth
+49 221 340308-22
roth@difu.de

Dipl.-Geogr.
Björn Weber
+49 221 340308-10
bweber@difu.de

Auch Kinder mit Beeinträchtigungen sind in erster Linie Kinder

Die im Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis. Inklusive Kinder- und Jugendhilfe miteinander gestalten“ erarbeiteten Erkenntnisse lassen den Schluss zu, dass die Fachcommunity sich für eine „inklusive Lösung“ ausspricht.

Das Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis. Inklusive Kinder- und Jugendhilfe miteinander gestalten“ soll den kontinuierlichen Austausch zwischen Bund und Kommunen sowie freien Trägern über die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe fördern, insbesondere mit Blick auf die Modernisierung des Sozialgesetzbuch (SGB) VIII.

Hierzu lädt das Dialogforum am Difu regelmäßig Fachkräfte der beteiligten Systeme zum Erfahrungsaustausch ein: öffentliche und freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Behindertenhilfe, Eingliederungshilfe, Sozialhilfe, Gesundheitswesen, Bundesverbände und kommunale Spitzenverbände sowie Wissenschaft. Im thematischen Mittelpunkt der Veranstaltungen stehen Fragen zur inklusiven Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Basis für die Diskussionen auf den Veranstaltungen ist stets eine ganzheitliche, systemische Betrachtung: Die Modernisierung des SGB VIII muss zu einem zukunftsweisenden Gesetz führen, in dem der Bedarf aller Kinder, Jugendlichen und Familien berücksichtigt wird, um notwendige Hilfen zeitnah und bedarfsgerecht umsetzen zu können. Im Diskussionsprozess war und bleibt es wichtig, auch Schnittstellen zu angrenzenden Systemen und anderen Rechtskreisen (Justiz, Polizei, Kita, Schule etc.) zu beschreiben. Defizite in der Umsetzung bestehender Gesetzesnormen müssen aufgezeigt und Leerstellen im Kontext interdisziplinärer Kooperationen identifiziert werden, um hierfür Lösungsvorschläge zu finden.

2019 orientierten sich die Diskussionen in den Fachgesprächen an vier thematischen Sitzungen der AG „SGB VIII: Mitreden – Mitgestalten“ des BMFSFJ: Besserer Kinderschutz und mehr Kooperation; Unterbringung junger Menschen außerhalb der eigenen Familie – Kindesinteressen wahren – Eltern unterstützen – Familien stärken; Prävention im Sozialraum stärken; Mehr Inklusion/Wirksames Hilfesystem/Weniger Schnittstellen. Die Ergebnisse wurden an das BMFSFJ in Form von Stellungnahmen sowie dokumentierten Anregungen und Hinweisen aus der kommunalen Praxis zurückgemeldet. Auch das Dialogforum selbst verfügte über einen Sitz in der Bundes-AG.



Zentrales Ergebnis dieser Veranstaltungen war der Konsens innerhalb der Fachcommunity, dass die geplante Modernisierung des SGB VIII hin zur „inklusive Lösung“ unbedingt vollzogen werden sollte. Zur Sicherstellung einer daran anknüpfenden qualitätsvollen Umsetzung mit ggf. neuen gesetzlichen Regelungen in der kommunalen Praxis, werden Bund, Länder und Kommunen mit Blick auf Finanzierungsfragen in gemeinsamer Verantwortung gesehen. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass die Weiterentwicklung hin zu einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe nicht durch ein einfaches Addieren der Aufgaben und Leistungen aus der Behindertenhilfe/Eingliederungshilfe mit den Hilfen und Maßnahmen aus der Kinder- und Jugendhilfe bewältigt werden kann. Vielmehr bedarf es durchgehend, d.h. in Bezug auf alle Handlungsfelder der beiden Hilfesysteme, einer integrierten Planung und der Entwicklung neuer Modelle.

In diesem Zusammenhang wurde auch auf die notwendige Weiterentwicklung der Hilfeplanung – insbesondere in Bezug auf die Bedarfslagen von Kindern/Jugendlichen mit Beeinträchtigungen und ihren Eltern – sowie die Stärkung der Steuerungsfunktion der Jugendämter mit Blick auf die Verbesserung interdisziplinärer Kooperationen hingewiesen, insbesondere an den Schnittstellen zum Gesundheitswesen, zur Justiz und zur Schule. Da sich Struktur und Prozesse der Arbeit in beiden Aufgabenfeldern verändern werden, sind Organisationsentwicklung und Personalmanagement DIE zentralen Entwicklungsfelder – sowohl im Feld der Kinder- und Jugendhilfe als auch in der Behinderten-/Eingliederungshilfe. Die inklusive Lösung ist ohne ausreichende Fachkräfte nicht denkbar.



www.bit.ly/2R83SAN
www.jugendhilfe-inklusive.de



Dr. Jessica Dzengel
 +49 30 39001-140
dzengel@difu.de

Dipl.-Soz.
 Kerstin Landua
 +49 30 39001-135
landua@difu.de

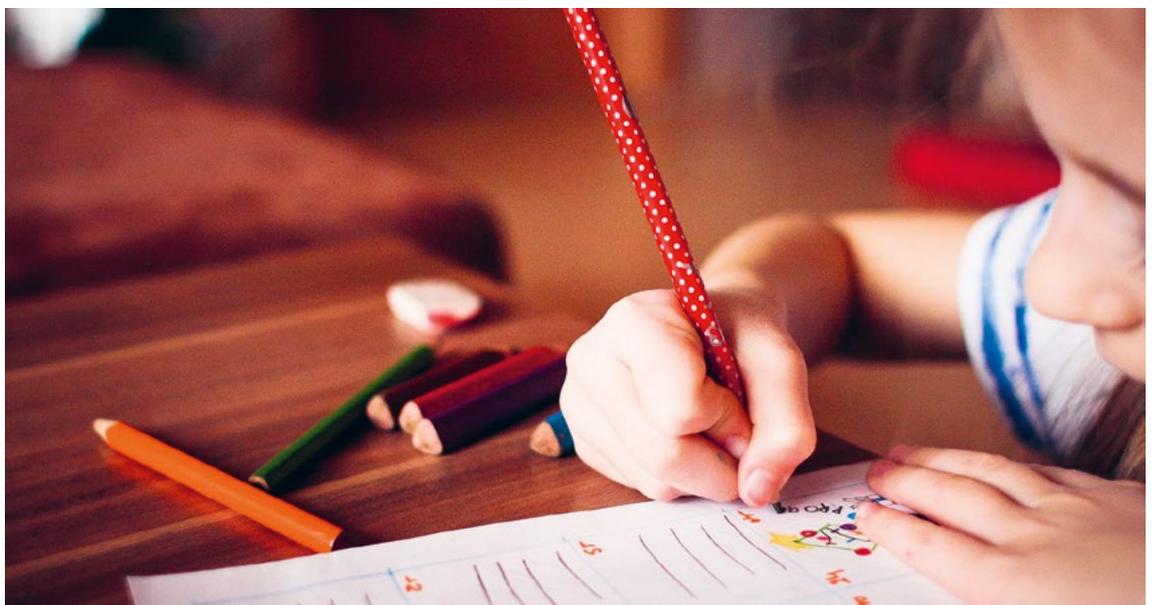
Checkpoint Teilhabe: Lösungen für die Kinder- und Jugendhilfe

Im Dialogforum Bund trifft kommunale Praxis am Difu wurde u.a. über Erfahrungen und künftige Aufgaben wichtiger Bereiche diskutiert: Kita, Tagespflege, Frühförderung, Erziehungsberatung, Fremdunterbringung, Pflegekinder, Kinderschutz.

Seit Januar 2017 ist das Bundesteilhabegesetz (BTHG) in Kraft. Damit hat der Gesetzgeber eine wesentliche sozialrechtliche Grundlage geschaffen, um die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an allen Bereichen unserer Gesellschaft deutlich voranzutreiben. Der in vier Phasen verlaufende Reformprozess hat auch Auswirkungen auf das System der Kinder- und Jugendhilfe. Seit Januar 2018 – Reformphase 2 BTHG – ist das Jugendamt nach § 35a SGB VIII oder § 41 in Verbindung mit § 35 a SGB VIII in seiner Funktion als Rehabilitationsträger für Kinder und Jugendliche den neuen Verfahrensrichtlinien und Grundsätzen aus dem BTHG unterworfen. Für die Ebene der kommunalen Praxis bedeutet das insbesondere mit Blick auf die Durchführung von Hilfe-/Teilhabe- und Gesamtplanverfahren, dass Instrumente zur Bedarfsermittlung, Verfahrensabläufe und Kooperationsstrukturen zwischen Rehabilitationsträgern, Trägern der Eingliederungshilfe bzw. Professionellen im Gesundheitswesen, in der Behindertenhilfe und in der Kinder- und Jugendhilfe neu entwickelt, systematisiert und tragfähig aufgebaut werden müssen.

Vor diesem Hintergrund hat das vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderte „Dialogforum: Bund trifft kommunale Praxis – Inklusive Kinder- und

Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten!“ am 13. und 14. Mai 2019 im inklusiven Tagungshotel Rossi Berlin eine Plattform für öffentlichen Erfahrungsaustausch angeboten. Die Veranstaltung richtete sich an Leitungs- und Fachkräfte der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe, des Gesundheitswesens, der Eingliederungshilfe, der Gesundheits- und Sozialämter sowie an Kommunale Spitzenverbände, Landesjugendämter und Wissenschaft. Thematisch ging es um Fragen zu bereits vollzogenen Veränderungen innerhalb der kommunalen Praxis sowie Entwicklungsanforderungen für die Zukunft einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe. In Vorträgen wurden Beispiele zum aktuellen Entwicklungsstand neuer Bedarfsermittlungsinstrumente auf kommunaler und auf Landesebene vorgestellt. Arbeitsgruppen diskutierten über Erfahrungen und künftige Aufgaben in den Feldern Kita/Tagespflege/Frühförderung, Erziehungsberatung/Beratung, Fremdunterbringung/Pflegekinder, Krise und Kinderschutz sowie Schulbegleitung. Darüber hinaus stand der Austausch über den Reformbedarf des SGB VIII zur Weiterentwicklung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe im Mittelpunkt. Die Ergebnisse wurden als „Stimmen aus der kommunalen Praxis“ dem BMFSFJ übermittelt und in der Reihe Difu-Impulse veröffentlicht.



www.difu.de/13166



Dr. Jessica Dzengel
+49 30 39001-140
dzengel@difu.de

Radschnellweg/ Fahrradstraße

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt

Radschnellwege bzw. Radschnellverbindungen bieten insbesondere im Stadt-Umland-Verkehr die Möglichkeit, Wege für den Radverkehr attraktiver, sicherer und schneller zu gestalten. So können Pendelnde motiviert werden, aufs Rad umzusteigen und damit neue Verkehrsanteile für den umweltfreundlichen Radverkehr gewonnen werden. Derzeit gibt es in ganz Deutschland zahlreiche Machbarkeitsstudien und Planungen für Radschnellwege, realisiert sind bisher nur wenige.

Um hohe Reisegeschwindigkeiten und Qualitätsanforderungen zu erreichen, sind für Radschnellwege spezielle „Führungsformen“ notwendig: beispielsweise gestaltet als selbstständige Radverkehrsanlage, fahrbahnbegleitender Radweg und als Schnellweg mit minimierten Wartezeiten an Kreuzungen.

„Fahrradstraßen und Radschnellwege sind sichere, schnelle, gesundheitsfördernde und zugleich umweltfreundliche Mobilitätsangebote.“

Fahrradstraßen hingegen werden meist innerorts eingesetzt und sind ein wichtiges Element von durchgängigen Radverkehrsnetzen, sie können aber auch Teil von Radschnellwegen bzw. Radschnellverbindungen sein. Auch mit solchen Routen schaffen Kommunen verbesserte Bedingungen für Radfahrende.

Fahrradstraßen dürfen überall dort eingerichtet werden, wo Radverkehr die vorherrschende Verkehrsart ist oder wo dies künftig zu erwarten ist. Es gilt grundsätzlich eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. Wenn notwendig, so muss der Kfz-Verkehr hier die Geschwindigkeit weiter reduzieren, um Radfahrende nicht zu behindern oder zu gefährden. Das Nebeneinanderfahren von Fahrrädern ist auf Fahrradstraßen generell erlaubt.



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

So geht`s

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen

Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. und Fotos, 39 €

ISBN 978-3-88118-643-8, **eBOOK** 33,99 €

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann, Gudrun Kirchhoff, Ricarda

Pätzold, Wolf-Christian Strauss (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.),

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €

ISBN 978-3-88118-584-4

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S.,

vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €

ISBN 978-3-88118-579-0

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S.,

zahlreiche Abbildungen, 39 €

ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Von Jens Libbe unter Mitarbeit von

Klaus J. Beckmann, 2014, Bd. 13, 212 S., 29 €

ISBN 978-3-88118-529-5

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

Difu-Arbeitshilfen

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch 3. Auflage

A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S.,

zahlreiche Satzungsmuster, 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise

Von Marie-Luis Wallraven-Lindl u.a.,

2011, 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35 €

ISBN 978-3-88118-498-4, **eBOOK** 29,99 €

Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl,

A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €

ISBN 978-3-88118-486-1

Difu-Impulse

Verkehrswende nicht ohne attraktiven ÖPNV **NEU**

Wie lassen sich große ÖPNV-Projekte erfolgreich umsetzen?

Jürgen Gies (Hrsg.)

Bd. 2/2020, zahlreiche Abb. und Fotos,

104 S., 18 €

ISBN 978-3-88118-648-3, **eBOOK** 14,99 €

Checkpoint Teilhabe **NEU**

Kinder- und Jugendhilfe + BTHG –

Neue ganzheitliche Lösungen entwickeln!

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“ –

Inklusive Kinder und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten

Bd. 1/2020, 160 S., 20 Euro

ISBN 978-3-88118-653-7, **eBOOK** 16,99 €

Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft?

Die lebenswerte Stadt: Handlungsfelder und Chancen

Von Tilman Bracher u.a., Bd. 2/2019, 68 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-642-1, **eBOOK** 12,99 €

Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau

Evaluation „Planungsdialog Borgholzhausen“

Von Stephanie Bock, Jan Abt, Bettina Reimann

Bd. 1/2019, 98 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-640-7, **eBOOK** 12,99 €

Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten

Dokumentation der Fachtagung „kommunal mobil 2018“ am 7./8. Juni 2018 in Dessau

M. Hertel, T. Bracher, T. Stein (Hrsg.)

Bd. 8/2018, 90 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-625-4, **eBOOK** 12,99 €

Junge Flüchtlinge – Perspektivplanung und Hilfen zur Verselbstständigung

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum (Hrsg.), Bd. 7/2018, 188 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-626-1, **eBOOK** 16,99 €

Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert

Das Beispiel der Stadt Köln

Von S. Schneider u.a., Bd. 6/2018, 160 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-619-3

Neue Konzepte für Wirtschaftsflächen

Herausforderungen und Trends am Beispiel des Stadtentwicklungsplanes Wirtschaft in Berlin

Von S. Wagner-Endres, U. Wolf und

D. Zwicker-Schwarm,

Bd. 4/2018, 84 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-614-8, **eBOOK** 12,99 €

Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten

Lösungen mit Lastenrädern, Cargo Cruisern

und Mikro-Hubs, W. Arndt und T. Klein (Hrsg.)

Bd. 3/2018, 96 S., **eBOOK** 12,99 €

★ Difu-Papers

Dialogbrücken im Stromnetzausbau **NEU**

Die Mitwirkung von Kommunen an der Öffentlichkeitsbeteiligung am Beispiel Thüringen

Von Bettina Reimann u.a.

2020, 48 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €,

➔ www.difu.de/13365

ÖPNV-Infrastruktur: Modell der Nutznießerfinanzierung

Von Oliver Mietzsch

2020, 40 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ www.difu.de/13158

Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme

Von Jens Libbe und Roman Soike

2017, 28 S., 5 €

➔ www.difu.de/11741

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

Nach Datum: www.difu.de/publikationen

Nach Reihen: www.difu.de/6194

Nach Thema: www.difu.de/publikationen/suche

eBooks: <http://difu.ciando-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwender: www.difu.de/10829

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de

★ Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwender auch digital.

Veröffentlichungen

Berichte 1/2020

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)

Integration von Ansätzen geteilter Mobilität in nachhaltigen urbanen Verkehrsentwicklungsplänen (SUMP) **NEU**

Ein Themenleitfaden

Von Wulf-Holger Arndt, Victoria Langer u.a.

2019, 56 S., nur online

➔ www.difu.de/publikationen

Zwischenevaluierung des Städtebau- förderungsprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz 2009 – 2015 **NEU**

Von Daniela Michalski u.a., BMI (Hrsg.)

2019, 124 S.

➔ www.difu.de/publikationen

Klimawandel in Kommunen – jetzt vorsorgen und gestalten! **NEU**

Kompakte Infos, Umsetzungsmöglichkeiten
und Praxisbeispiele

Von Jens Hasse u.a., Kommunalberatung Klima-
folgenanpassung NRW (Hrsg.)

2020, 22 S., vierfarbig, zahlreiche Abbildungen

➔ www.difu.de/13359

#klimahacks No. 1: Mach Dein Projekt zu Lastenrädern **NEU**

Eine Anleitung für mehr Klimaschutz

Difu (Hrsg.), 2019, 8 S., nur online

➔ www.difu.de/13033

#klimahacks No. 2: Mach Dein Projekt zu klimafreundlicher Ernährung **NEU**

Eine Anleitung für mehr Klimaschutz

Difu (Hrsg.), 2019, 8 S., nur online

➔ www.difu.de/13066

Regionalwirtschaftliche Auswirkungen der Energiewende

Potenziale, Verteilung und Ausgleichsbedarfe
am Beispiel des Landkreises Ahrweiler

Von Stefan Schneider, Benedikt Walker,

Dirk Assmann

2019, 55 S., nur online

➔ www.difu.de/12999

Kommunale Klima- und Energiescouts Azubis aktiv für Klimaschutz 2019

Von Jan Walter u.a.

2019, 38 S., nur online

➔ www.difu.de/12845

Klimaschutz in Bewegung: Wie Ihre Kommune fahrradfreundlich wird

Die Fördermöglichkeiten der Nationalen
Klimaschutzinitiative

SK:KK (Hrsg.), 2019, 4 S.

➔ www.difu.de/12968

Lebensqualität und Daseinsvorsorge durch interkommunale Kooperation

Ein Leitfaden für Kommunen in ländlich
geprägten Regionen

Von Jan Hendrik Trapp u.a.

2019, 67 S., nur online

➔ www.difu.de/12825

Kommunalumfrage: Zuwanderung, Wohnen, Nachbarschaft

Bericht im Rahmen des Forschungsprojekts

„Zusammenhalt braucht Räume – Integratives
Wohnen mit Zuwanderern“

Von Gudrun Kirchhoff, Detlef Landua und
Bettina Reimann

2019, 46 S., nur online

➔ www.difu.de/12855

Räumliche Dimensionen der Digitalisierung

Handlungsbedarfe für die Stadtentwicklungs-
planung. Ein Thesenpapier

Von Roman Soike, Jens Libbe u.a.

2019, 30 S., nur online

➔ www.difu.de/12893

Klimaschutz & Luftreinhaltung

Strategien und Maßnahmen für saubere Luft in
Kommunen

Difu (Hrsg.), Franziska Wittkötter (Bearb.)

2019, 80 S., vierfarbig, kostenlos

➔ www.difu.de/12723

Rahmenbedingungen beim Mobilfunk- infrastrukturausbau

Beteiligungsprozesse, Bestimmungen und
aktuelle Entwicklungen

Von Roman Soike, i.A. der Deutsche Telekom

Technik GmbH, 2019, 42 S., nur online

➔ www.difu.de/12725

KfW-Kommunalpanel 2019

Von Elisabeth Krone und Henrik Scheller, KfW
Bankengruppe (Hrsg.)

2019, 34 S., nur online

➔ www.difu.de/12625

Umfrage Wirkung der Deutschen Anpas- sungsstrategie (DAS) für die Kommunen

Von J. Hasse und L. Willen, UBA-Bericht 1/2019

2019, 149 S., nur online

➔ www.difu.de/12409

Ausgezeichnete Praxisbeispiele 2018

Klimaaktive Kommune 2018. Ein Wettbewerb
des Bundesumweltministeriums und des

Deutschen Instituts für Urbanistik

Difu (Hrsg.), BMU (Förderer)

2019, 83 S., nur online

➔ www.difu.de/12591

Mobilität nachhaltig planen

Erfolge und Hindernisse in deutschen Städten –
Ergebnisse einer Umfrage zu kommunalen

Verkehrsentwicklungsplänen

Von Wulf-Holger Arndt und Fabian Drews

2019, 58 S., kostenlos

➔ www.difu.de/12584

Sicherheit und Vielfalt im Quartier

Herausforderungen für Kommunen und
Beispiele aus der Praxis

Von Gabriel Bartl, Niklas Creemers,

Holger Floeting

2019, 54 S., nur online

➔ www.difu.de/12581

OB-Barometer 2019

Von Busso Grabow und Carsten Kühl,

Difu (Hrsg.)

2019, 4 S., nur online

➔ www.difu.de/12578

Mobilitätsstationen in der kommunalen Praxis

Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem
BMU-Forschungsprojekt City2Share und

weiteren kommunalen Praxisbeispielen

T. Stein und U. Bauer (Hrsg.), i.A. des BMU

2019, 42 S., nur online

➔ www.difu.de/12601

Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen

Abschlussbericht

Von C. Böhme, T. Franke, T. Preuß

2019, 133 S., UBA-Bericht 02/2019, nur online

➔ www.difu.de/12522

Klimaschutz in Kommunen

Praxisleitfaden. 3. Aufl.

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)

2018, 454 S., nur online

ISBN 978-3-88118-585-1

➔ www.difu.de/11742

Zeitschrift

Stadt und Vergnügen

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Halbjahresschrift, Heft 2/2019, 152 S.

Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 €

Rathausplätze

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Halbjahresschrift, Heft 1/2019, 188 S.

Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro

★ Dokumentationen

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen **NEU**

Rita Gräber (Bearb.), 2019, 174 S.

Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €

➔ www.difu.de/13161

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung **NEU**

Christine Bruchmann, Jan Treibert (Bearb.),
2019, 212 S.

Einzelband 36,40 €, Jahresabo 28 €

➔ www.difu.de/13162



Foto: Doris Reichel

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Städte, Verbände und Planungsgemeinschaften

Wichtigste Kooperationspartner des Instituts sind seine Zuwander. Dies sind hauptsächlich Städte, aber auch Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Durch die enge Kooperation mit seinen Partnern sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt an deren Bedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunalrelevanten Gebieten. Für viele Städte ist es aus finanziellen Gründen nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung und fördert den kommunalen Erfahrungsaustausch durch umfangreiche Serviceleistungen:

Persönliche Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Zuwendungsstädten und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/6760

Fortbildung

Ob vor Ort oder am Berliner Standort, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwenderschaft doppelt: Neben stark reduzierten Seminarbeiträgen werden Zuwander auch bei der Vergabe der Seminarplätze begünstigt.

➔ www.difu.de/6263

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu z.B. als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Kostenbeteiligungen an Studien sind für Zuwander deutlich günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellstem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßige Treffen an – teilweise exklusiv für Zuwander.

➔ www.difu.de/6263

24-Stunden-Zugang gratis in die Difu-Datenbanken

Die Online-Recherchen in den Difu-Datenbanken ORLIS und kommDEMOS sind nur für Zuwander kostenfrei. Die Datenbanken ermöglichen den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunalrelevante Umfragen und Literatur – teilweise im Volltext.

➔ www.difu.de/37

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Ergebnisberichte über Difu-Fortbildungen samt „virtueller“ Tagungsmappe, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Zuwander können sich zudem über Neuerscheinungen exklusiv per RSS-Feed informieren lassen.

➔ www.difu.de/43

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander Publikationen auch als PDF oder eBook an, grundsätzlich kostenfrei. Die PDFs können direkt im Difu-Extranet heruntergeladen werden, die eBooks z.B. über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

➔ eBook-Bezug: www.difu.de/10829

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/6207



Sybille Wenke-Thiem
Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Difu-Beitritt und Zuwander
+49 30 39001-208/209
wenke-thiem@difu.de

**Dipl.-Pol.
Patrick Diekelmann**
Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekemann@difu.de

**Susanne Plagemann
M.A.**
Internet/Extranet
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

**Dipl.-Geogr.
Luise Adrian**
Fortbildung
+49 30 39001-149
adrian@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von
Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) unter
Mitarbeit von Vera Gutofski, Johannes Holz
und Luisa Sophie Müller

Grundgestaltung/CD
3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout
Vera Gutofski

Fotos
Fotos ohne Copyright-Angabe:
www.pixabay.com bzw. www.unsplash.com
Herzlichen Dank an alle Fotografierenden
sowie an die Plattformen für die kostenfreie
Bereitstellung des Bildmaterials!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler
Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208
Fax +49 30 39001-130
presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise
Jahrgang 46/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 26.2.2020

Druck
oeding print GmbH, Braunschweig.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.
Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft.
100% PEFC.

Weiterverwendung
Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link/-PDF bitte
an die Difu-Pressestelle.

Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Magazin Berichte

Vierteljährlich informiert das Difu-Magazin Berichte u.a. über Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue Publikationen, neue Projekte und Veranstaltungen.

Informiert sein, Umwelt schonen Platz sparen: herzlichen Dank dafür!

Die Berichte gibt es auch digital. Das Online-Archiv reicht zurück bis zum Heft 1/1996. Der Umstieg auf die papierlose Version hat viele Vorteile: Umwelt schonen, Platz sparen, früher informiert sein – und das Difu von den Porto-kosten entlasten. Zum Wechsel einfach Daten unter www.difu.de/6674 eintragen und im Feld Sonstiges „Wechsel Berichte digital“ eingeben. Nach dem Erscheinen eines neuen Hefts folgt künftig eine E-Mail mit dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das Online-Abo erhält man das Heft ca. zwei Wochen vor Erscheinen der Printausgabe, da Druck- und Versandzeiten entfallen. Das Archiv ist stets auf der Difu-Homepage zu finden:

➔ www.difu.de/publikationen/difu-berichte.

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Monatlich informiert der kostenfreie E-Mail-Dienst „Difu-News“ über interessante neue Inhalte auf der Difu-Homepage.

➔ www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenlos zum Download auf der Difu-Homepage zur Verfügung. Andere können als Printexemplare oder eBooks käuflich erworben werden.

➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsreihe

Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ an, die sich bei jedem Termin mit einem anderen aktuellen Thema zur Zukunft der Städte befasst.

➔ www.difu.de/difu-dialoge

Facebook

Über Facebook postet das Difu aktuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut bzw. zu aktuellen kommunalrelevanten Themen.

➔ www.facebook.com/difu.de

Presseverteiler

Die Pressemitteilungen informieren über medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.

➔ www.difu.de/6674

RSS-Feeds

Feeds zu Presseinfos, Veranstaltungen, Publikationen, Projekten, Ausschreibungen

➔ www.difu.de/47

Ich interessiere mich für die Difu-Zuwenderschaft für Städte und Verbände.
Bitte schicken Sie mir dazu nähere Infos an:

Name

Funktion/Amt

Stadt/Verband

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon/Fax

E-Mail

Anmerkungen

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH, Zimmerstraße 13–15, 10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-208, Fax +49 30 39001-130, presse@difu.de

Planungstool zur klimaangepassten Infrastruktur- und Stadtentwicklung

Partizipatives Planungstool für Wasser- und Grüninfrastrukturen entwickelt: Infokarten des Forschungsverbunds netWORKS veranschaulichen Bausteine zur klimaangepassten Planung von Gebäuden, Grundstücken und Quartieren.



Foto: Difu

Die Folgen des Klimawandels betreffen Städte und die darin lebenden Menschen. Risiken wie Wasserknappheit, Hitzestress, Starkregen oder Überflutungen ballen sich in städtischen Gebieten. Eine kluge Stadt- und Infrastrukturplanung kann Städte robuster und lebenswerter machen. Sie muss neue technische Lösungen im Wasserbereich – sogenannte graue Infrastrukturen – berücksichtigen und auch das Potenzial grüner und blauer Infrastrukturen nutzen. Um notwendige Handlungsschritte praxisorientiert zu vermitteln, entwickelte der vom Bundesforschungsministerium geförderte Forschungsverbund netWORKS ein partizipatives Planungstool. Anschauliche Infokarten zu verschiedenen Themenbereichen wie Dach- und Fassadenbegrünungen, Pflanzenkläranlagen oder Wasserspielplätzen vermitteln, welche Bausteine für den Umgang mit verschiedenen Klimawandelrisiken geeignet sind. Gleichzeitig wird verdeutlicht, welche potenziellen Beiträge jeder einzelne Baustein zu anderen sozialen und ökologischen Planungszielen wie Aufenthaltsqualität, Gesundheitsförderlichkeit, Gewässerschutz und Förderung des natürlichen Wasserkreislaufes leisten kann.

Die Karten vermitteln Informationen zu Ausgestaltungsmöglichkeiten der Bausteine, zur räumlichen Skala (z.B. Gebäude oder Quartier) in der sie zum Einsatz kommen können, für welche alternativen Wasserressourcen sie sich eignen bzw. welche sie nutzen können und mit welchen technischen Rahmenbedingungen sie in Verbindung stehen. Zudem wird zum Wissensstand zu den Möglichkeiten, zum Koordinationsaufwand in der Planung, zur Umsetzung und im Betrieb sowie zu ihren Potenzialen in der Umweltbildung Auskunft gegeben.

Die auf den Karten enthaltenen Informationen sind in einer umfangreichen Literaturstudie und mittels ergänzender Gespräche mit Fachleuten erhoben worden. Detailinformationen zu den Infokarten, genaue Definitionen der zentralen Begrifflichkeiten, Beschreibungen zum methodischen Vorgehen als auch Details zu den beschriebenen Informationen sind gebündelt online verfügbar.

Die Infokarten wurden in mehreren partizipativen Planungsworkshops in Berlin mit unterschiedlichen Fachleuten aus der Siedlungswasserwirtschaft, der Stadt-, Grün-, Straßen- und Verkehrsplanung, dem Wohnungsbaubereich und Betreibenden von sozialen Infrastrukturen erprobt. Es zeigte sich, dass ihr Einsatz eine Diskussion auf Augenhöhe zwischen den jeweiligen Fachplanenden sowie fachfremden Akteuren für das zu beplanende Gebiet ermöglichte. Die Karten laden insbesondere dazu ein, verschiedene Bausteine grüner, blauer und grauer Infrastrukturen zu kombinieren und damit integrierte Konzepte zur Klimaanpassung für Quartiere zu entwerfen.

Das Tool richtet sich vorrangig an Fachleute der kommunalen Planung der Bereiche Quartiersentwicklung, Grün- und Wasserinfrastrukturplanung sowie an Betreiber der Wasserver- und -entsorgung in kommunalen Entscheidungs- und Planungsprozessen. Es unterstützt den Erfahrungsaustausch über Grundlagen und Orientierungen für die Weiterentwicklung und Veränderung von Wasser- und Grüninfrastrukturen und richtet dabei einen besonderen Blick auf die Anpassung an den Klimawandel. Die Infokarten sind kostenlos nutzbar und können auf den Seiten des Forschungsverbunds heruntergeladen werden.



netWORKS-Papers:
www.bit.ly/2UCcn9v



Infokarten:
www.bit.ly/2SwAvrr



Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Wie mobilisiert man Bauland?

Neue Schulungsoffensive unterstützt Kommunen beim Einsatz von Strategien und Instrumenten des Baugesetzbuchs.

Wie mobilisiert man Bauland?



www.difu.de/13324



Prof. Dr.
Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
+49 30 39001-296
strauss@difu.de

Bodenpolitik: Wer macht was?



www.difu.de/13340



Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Dipl.-Ing.
Franciska Frölich
+49 30 39001-245
froelich@difu.de

Prof. Dr.
Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de



Foto: Wolf-Christian Strauss, Difu

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und die dafür oft erforderliche Entwicklung von Bauland ist für zahlreiche Städte eine besondere Herausforderung. Dies gilt vor allem für Regionen, die durch positive Wanderungssalden und eine anhaltend hohe Nachfrage nach Wohnungen und Gewerbeflächen geprägt sind. Und es betrifft Kernstädte ebenso wie kleinere und mittlere Städte in ihren Verflechtungsräumen. Das für die Entwicklung neuer Baugebiete und die Mobilisierung bestehender Bebauungsmöglichkeiten zur Verfügung stehende Instrumentarium ist vielfältig und erfordert teils vertiefte Kenntnisse der rechtlichen, administrativen und wirtschaftlichen Implikationen. Diese Herausforderung trifft die Kommunen zu einer Zeit, in der Fachpersonal – angesichts der Engpässe auf dem Arbeitsmarkt – schwer zu finden ist. Wurde bereits in der Phase der Haushaltskonsolidierung vielerorts Personal abgebaut, so verschärfte sich die Lage durch den Generationenwechsel weiter: Kompetenzen und wertvolles Erfahrungswissen sind nicht mehr ausreichend abrufbar.

Im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBSR) wird das Difu gemeinsam mit dem vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. bis 2022 eine Aus- und Fortbildungsoffensive mit zahlreichen regional im Bundesgebiet verteilten Schulungsveranstaltungen und Regionalkonferenzen umsetzen. Kommunalen Anwendungs- und Entscheidungsebenen sollen damit Impulse für eine schnelle, effektive und effiziente Mobilisierung von Bebauungsmöglichkeiten für den Wohnungsbau gegeben und das erforderliche Grundlagenwissen in kompakter Weise vermittelt werden.

Bodenpolitik: Wer macht was?

In einem neuen Forschungsprojekt untersucht das Difu, ob und wie Kommunen bodenpolitische Instrumente anwenden.



Foto: Ricarda Pätzold, Difu

Mit Blick auf das Thema Bodenpolitik ist der Münchner Weg der Sozialgerechten Bodennutzung (SOBON) weithin bekannt, ebenso das Münsteraner Modell (SoBo). Viele Kommunen beschreiten ähnliche Wege, andere wenden das bodenrechtliche Instrumentarium nur punktuell an. Von einzelnen Leuchttürmen abgesehen, ist jedoch weitgehend unbekannt, welche Instrumente mit welcher Intensität angewendet werden, um die räumliche Entwicklung zu planen und zu steuern sowie um Wohnbauland zu entwickeln.

In dem neuen Forschungsprojekt „Instrumente der Baulandbereitstellung und Bodenpolitik – Verbreitung und Anwendung bei Kommunen und Ländern“ geht das Difu diesen Fragen gemeinsam mit dem Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. (DV) nach. Bausteine des vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBSR) geförderten Projekts sind eine bundesweite Umfrage bei Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern sowie eine Untersuchung von „Hidden Champions“, also Städten mit interessanten Lösungen, die noch nicht so bekannt sind. Vervollständigt wird das Bild durch eine Erhebung von Maßnahmen der Länder, die die kommunale Bodenpolitik unterstützen – diese führt der DV durch.

Die schriftliche Umfrage wird die Kommunen in Form eines Fragebogens im Februar erreichen. Je mehr Kommunen sich an der Umfrage beteiligen, desto evidenter sind daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen: Daher ist eine möglichst hohe Zahl von Antworten der Kommunen wichtig und sehr willkommen – also nicht nur von Städten, die bereits unter „Wachstumsschmerzen“ leiden.

Baugebote in der Kommunalpraxis

Um Handlungspfade für eine verstärkte Anwendung des Baugebots geht es in einem neuen Difu-Forschungsprojekt.

Baugebote in der Kommunalpraxis



www.difu.de/13174



Ass.iur. Stefanie Hanke
+49 30 39001-157
hanke@difu.de



Es gibt viele innerstädtische Grundstücke mit großem ungenutzten Wohnungsbaupotenzialen wie Baulücken, Brachen oder Mindernutzungen. Deren Mobilisierung ist von großer Bedeutung für die in vielen Städten und Gemeinden dringend erforderliche Ausweitung des Wohnungsangebots. Dazu kann eine verstärkte Anwendung des bisher wenig genutzten Baugebots (§ 176 BauGB) einen wesentlichen Beitrag leisten. Das Baugebot ist die durch Bescheid der Gemeinde begründete Verpflichtung des Eigentümers, sein Grundstück im beplanten oder unbeplanten Innenbereich innerhalb einer angemessenen Frist zu bebauen oder eine vorhandene bauliche Anlage anzupassen.

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBSR) hat das Difu beauftragt, die bisher zurückhaltende Anwendungspraxis des Baugebots und die Gründe dafür zu untersuchen und gemeinsam mit Kommunen besonders geeignete Fallkonstellationen und Handlungswege für eine verstärkte Anwendung zu erörtern. Ein Fokus liegt dabei auf dem Zusammenspiel des Baugebots mit anderen Instrumenten – wie Grundsatzbeschlüssen und Entwicklungskonzepten – und darauf, wie diese die Anwendung des Baugebots erleichtern können. Als Ergebnis werden Handlungsempfehlungen für eine weniger aufwendige und gleichzeitig gesteigerte Anwendung von Baugeboten in der Praxis gegeben. Zudem sollen Aussagen zu einer möglichen instrumentellen Weiterentwicklung gemacht werden.

Städte und Gemeinden, die das Baugebot anwenden oder dieses für die Zukunft planen, sind herzlich zur Kontaktaufnahme zum Difu eingeladen.

Mieterticket statt Pkw-Stellplatz



www.difu.de/13140



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Dr. phil. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de

Mieterticket statt Pkw-Stellplatz

In einem neuen Forschungsprojekt untersucht das Difu Rahmenbedingungen zur Einführung eines Mietertickets in Bayern.



Mehr als 80 Prozent aller Wege in Deutschland starten und enden in den eigenen vier Wänden. Welche Verkehrsmittel genutzt werden, hat nicht nur Auswirkungen auf die Treibhausgas-Emissionen, sondern auch auf die Gestaltungsmöglichkeiten für den öffentlichen Raum. Wohnstandortbezogene Mobilitätsangebote haben daher eine wichtige Hebelwirkung. Ziel wohnungsbezogener Mobilitätsdienstleistungen ist es deshalb, die Entscheidung für umweltfreundliche Verkehrsmittel zu erleichtern und den Besitz des eigenen Pkw oder des Zweitwagens überflüssig zu machen.

Das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr will mit Einführung eines „Mieterticket plus“ den Bau von Stellplätzen bei Wohnungsneubauten reduzieren und damit wertvolle städtische Flächen sparen. Das Ticket soll die ÖPNV-Nutzung sowie den Zugang zu weiteren Mobilitätsdiensten umfassen und Mieterinnen und Mieter motivieren, auf klimafreundliche Verkehrsmittel umzusteigen. Auch die Wohnungswirtschaft profitiert, denn durch das Angebot müssen weniger Stellplätze gebaut werden.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ist damit beauftragt, die Rahmenbedingungen zur Einführung eines „Mietertickets plus“ für neun Untersuchungsräume in sieben bayerischen Städten zu untersuchen. Insbesondere ist zu klären, wie rechtliche Rahmenbedingungen anzupassen sind und welche verkehrlichen und städtebaulichen Auswirkungen Mietertickets haben. Für Kommunen, Wohnungsbau- und Verkehrsunternehmen, die das „Mieterticket plus“ einführen wollen, soll ein Berechnungstool entwickelt werden, das eine Kosten-Nutzen-Rechnung ermöglicht.

Modelle für Kultur im Wandel

Das Difu übernimmt die wissenschaftliche Begleitung des TRAFÖ-Programms „Modelle für Kultur im Wandel“.

Modelle für Kultur im Wandel



www.difu.de/13139



Julia Diringer, M. Sc.
+49 30 39001-283
diringer@difu.de

Dipl.-Soz.

Gudrun Kirchhoff
+49 30 39001-192
kirchhoff@difu.de



Foto: JohanneOlm

Kunst und Kultur sind unabdingbar für die gesellschaftspolitische und regionale Entwicklung. Vor allem in ländlichen Regionen stehen kulturelle Einrichtungen jedoch unter Druck. Verschwinden diese Einrichtungen, gehen nicht nur kulturelle Angebote, sondern auch Orte des öffentlichen Lebens verloren, an denen sich Menschen begegnen und wo Kommunikation stattfindet. Die Transformation von Kulturinstitutionen und deren Öffnung für neue Aufgaben ist eine Möglichkeit, nachhaltig auf den gesellschaftlichen Wandel zu reagieren. Hier setzt das TRAFÖ-Programm „Modelle für Kultur im Wandel“ an. Das Programm ist eine Initiative der Kulturstiftung des Bundes und fördert im Zeitraum von 2015 bis 2023 langfristige Veränderungsprozesse öffentlicher Kultureinrichtungen in bundesweit zwölf Modellregionen. Ziel ist, vielversprechende Wege aufzuzeigen, wie Kulturinstitutionen einen wesentlichen Beitrag für die Entwicklung ihrer Region leisten können.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) übernimmt die wissenschaftliche Begleitung des Programms. Im Fokus der Untersuchung steht, wie die Transformation kultureller Einrichtungen in ländlichen Regionen langfristig erfolgreich gestaltet werden kann. Anhand einer Dokumentenanalyse, qualitativer Interviews und Besuche der Modellregionen erfasst, systematisiert und analysiert das Difu-Team, wie Projekte vor Ort ablaufen, welche Bedeutung sie für die Region haben, welche Impulse sie setzen und welche langfristigen und nachhaltigen Perspektiven sie eröffnen. Geplant ist, modellhafte Maßnahmen und Prozesse aus den zwölf „TRAFÖ-Regionen“ zur Vermittlung an weitere Projekte und Regionen aufzubereiten.

ÖPNV on demand



www.difu.de/projekte



Dr. phil. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de

Victoria Langer, M.Sc.
+49 30 39001-257
langer@difu.de

ÖPNV on demand

Region Hannover und Difu untersuchen die Chancen neuartiger On-demand-Angebote für den ÖPNV.



Die Region Hannover ist Aufgabenträgerin des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Der Nahverkehrsplan sieht für die Region Hannover ein dreigliedriges ÖPNV-Bedienungskonzept vor. Die dritte Ebene dient der Feinerschließung. Diese „Verteilungsebene“ beinhaltet beispielsweise den klassischen flexiblen ÖPNV. Oft werden solche Angebote jedoch vom (potenziellen) Nutzerkreis als nicht attraktiv wahrgenommen, wodurch Fahrgastpotenziale unerschlossen bleiben. Die Region Hannover plant daher einen Modernisierungsprozess des nachfrageorientierten ergänzenden ÖPNV-Angebots auf der Verteilungsebene. Dieser wettbewerbsfähige Last- und-First-Mile-Baustein des ÖPNV soll an das frische Image der neuen On-Demand-Angebote anknüpfen.

Solche neuen flexiblen Angebote liegen im Trend. Vielerorts entwickeln sich neue Mobilitätsangebote, die auf Abruf angeboten und als Sammelverkehr organisiert werden. Es fehlt jedoch noch an Wissen und Praxiserfahrungen hinsichtlich einer Adaption dieses neuen On-Demand-Verkehrs für den flexiblen ÖPNV. Zu nennen sind unter anderem die Umsetzung der Barrierefreiheit, eine regelmäßige Bestellung – beispielweise durch Berufspendelnde – sowie die zuverlässige Verknüpfung mit im Takt verkehrenden Angeboten wie S-Bahn, oder Regionalbus.

Das Difu wird daher den Prozessverlauf in Kooperation mit der Region Hannover wissenschaftlich begleiten. Gefördert wird das Vorhaben durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Richtlinie zur Förderung von Projekten zum Thema „MobilitätsWerkStadt 2025“.

Kitas transparent finanziert

Ausgaben- und Kostenstrukturen der Kindertagesbetreuung stehen im Fokus einer neuen Difu-Untersuchung.

Kitas transparent finanziert



www.difu.de/13357



Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001- 261
schneider@difu.de

Elisabeth Krone, M.Sc.
+49 30 39001- 223
krone@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001- 295
scheller@difu.de



Die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, in der Tagespflege sowie in Schulhorten hat in den vergangenen Jahren für die Kommunen bundesweit fiskalisch erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Ausgaben für diesen Aufgabenbereich haben sich seit dem Jahr 2000 fast verdreifacht und erreichten im Jahr 2017 insgesamt rund 26,8 Mrd. Euro. Auch in Brandenburg ist eine ungebrochene Dynamik kommunaler Ausgaben für die Kindertagesbetreuung zu konstatieren. Die Belastungen der kommunalen Haushalte liegen dort über dem Bundesdurchschnitt.

Daher hat das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (MBS) das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit der Durchführung einer Studie beauftragt. Diese wird in einem Konsortium gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V. an der Universität Leipzig sowie dem Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Kirchenrecht sowie Deutsches Staats-/Verwaltungsrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität München erarbeitet.

Ziel der Analyse ist es, die Ausgaben- und Kostenstrukturen der Kindertagesbetreuung im Land Brandenburg zu erfassen und vertieft zu untersuchen. Der Fokus liegt dabei auf den Betriebskosten, die den Trägern durch Zuschüsse des Landes anteilig erstattet werden. Die Analyse umfasst dabei sowohl Einrichtungen in öffentlicher/kommunaler als auch in freier Trägerschaft. Neben einer Aufarbeitung der gesetzlichen Rahmenbedingungen soll eine Online-Befragung der Kita-Träger sowie eine betriebswirtschaftlich-orientierte Berechnung von Durchschnittssätzen für einzelne Kostenarten vorgenommen werden.

Fahrplan für Stadtentwicklung



www.difu.de/13323



Oliver Peters, M.Sc.
+49 30 39001-204
opeters@difu.de

Dr. Jasmin Jossin
+49 30 39001-200
jossin@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Fahrplan für Stadtentwicklung

Erster nationaler Fortschrittsbericht zur Umsetzung der New Urban Agenda für die Vereinten Nationen.



Um den globalen Herausforderungen der zunehmenden Urbanisierung zu begegnen, wurde 2016 im Rahmen der UN HABITAT-III-Konferenz in Quito die ‚New Urban Agenda‘ (NUA) als globaler Fahrplan für eine moderne Stadtentwicklung verabschiedet. Die Erklärung versteht sich mit ihren 175 Paragraphen in thematisch breit gefächerten Handlungsfeldern als Anleitung zur nachhaltigen Kommunalentwicklung für alle Akteursgruppen, die in den Städten weltweit aktiv sind. In Ergänzung zu den in der Agenda 2030 formulierten Sustainable Development Goals fordert die New Urban Agenda u. a. eine kompakte Siedlungsentwicklung mit angemessenen Freiräumen, die Stärkung öffentlicher Verkehrsmittel, die Nutzung der Digitalisierung zur Schaffung „intelligenter Städte“, nachhaltige Finanzierungsformen sowie gesunde Lebensbedingungen in den Kommunen.

Die Bewertung der Fortschritte, die mit der Umsetzung der NUA einhergehen sollen, erfolgt alle vier Jahre. Deutschland beabsichtigt, zum globalen Fortschrittsbericht einen freiwilligen Beitrag aus nationaler Perspektive zu leisten. Im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) erstellt das Difu diesen nationalen Bericht und bringt darin seine Expertise zur kommunalen Nachhaltigkeitsindikatorik ein. Mit dem Bericht soll eine international und methodisch anschlussfähige Analyse vorgelegt werden, die ausgewählte Handlungsfelder sowohl qualitativ als auch quantitativ aufarbeitet. Die indikatorengestützte Untersuchung der Themenschwerpunkte „Mobilität im Stadt-Umland-Kontext“ und „Klimaschutz“ sowie „Digitalisierung“ als Querschnittsthema leistet ein Beitrag zur Weiterentwicklung des entsprechenden Berichtswesens.

Veranstaltungen

Berichte 1/2020

Veranstaltungsvorschau

Visionen greifbar machen – Auswirkungen strategischer Entscheidungen abschätzen

Difu-Seminar

9.–10. März 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12773

"Wir ziehen um." Zukunft des Gewerbes in begehrten Stadtlagen

Öffentliche, kostenfreie Vortrags- und

Diskussionsveranstaltung, Beginn: 17 Uhr

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

11. März 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/13027

**Kfz-Parken und Radverkehrsplanung
Flächenpotenziale, Konflikte, Lösungen**

Fahrradakademie

11.–12. März 2020 in Nürnberg

➔ www.difu.de/12976

18.–19. März 2020 in Wiesbaden

➔ www.difu.de/12977

20.–21. April 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12978

28.–29. April 2020 in Köln

➔ www.difu.de/12979

Produktive Stadt II – Instrumente und Gestaltungsräume

Difu-Seminar

12.–13. März 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12776

Kreise gestalten Zukunft: 2. Konferenz für Landkreise im Klimaschutz

16.–17. März 2020 in Würzen

➔ www.difu.de/13000

Quantifizierung von Radverkehr

Fahrradakademie – Webinar

17. März 2020

➔ www.difu.de/13142

Kultur für alle? Handlungsansätze zur Verbesserung der kulturellen Teilhabe

Difu-Seminar

19.–20. März 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12778

Stadtplanung im digitalen Umbruch – Tools und Trends für das digitale Planen

Difu-Seminar

26.–27. März 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12782

Rad- und Fußverkehrsförderung in Europa: Leuchtturmprojekte und Praxisbeispiele

Fahrradakademie – Webinar

31. März 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/13173

Abfallvermeidung und Wiederverwendung – Lokale Handlungsansätze

Difu-Seminar in Kooperation mit KUNST-STOFFE

Zentralstelle für wiederverwendbare Materialien

3. April 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12784

**25. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement
Fokus: Chancen der kommunalen Wärmewende**

Projekte Kommunaler Klimaschutz

27.–28. April 2020 in Eisenach

➔ www.difu.de/12957

Beteiligung bei kommunalen Verkehrsprojekten – Anforderungen und Erfahrungen (Wiederholung)

Difu-Seminar

27.–28. April 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12787

**Bauen in lärmvorbelasteten Lagen –
Quadratur des Kreises?**

Difu-Seminar

11.–12. Mai 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12790

**Kommunal mobil 2020:
Digitalisierung. Verkehr. Umwelt**

Fachtagung von Umweltbundesamt & Difu

unter Mitwirkung des Deutschen Städtetages

11.–12. Mai 2020 in Dessau-Roßlau

➔ www.difu.de/13364

Stadterneuerung im Dialog 2020

Difu-Erfahrungsaustausch in Kooperation mit

der Stadt Mönchengladbach

13.–15. Mai 2020 in Mönchengladbach

➔ www.difu.de/12792

**Fahrradstraßen – Konzepte und
Umsetzung. Mit Exkursionselement**

Fahrradakademie

18.–19. Mai 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12980

16.–17. Juni 2020 in Konstanz

➔ www.difu.de/12981

22.–23. Juni 2020 in Erlangen

➔ www.difu.de/12982

**Radverkehr als zentrales Element der
Stadtentwicklung in Utrecht, Zwolle und
Houten**

Exkursion in die Niederlande für Führungskräfte
in Politik und Verwaltung

Fahrradakademie

27.–29. Mai 2020 in Utrecht

➔ www.difu.de/12983

**Jahrestreffen 2020 der Difu-Zuwender
Exklusiv-Veranstaltung für die Difu-
Ansprechpartner*innen**

4. – 5. Juni 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12844

**Vom Klassenraum zur Raumlanschaft –
Ideenaustausch zum Schulumbau**

Difu-Seminar

9. Juni 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12794

**Kommunale Wärmewende – Ein neues
Handlungsfeld für Kommunen**

Difu-Seminar

15.–16. Juni 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12796

**Deutschland zu Fuß – Strategien
und Maßnahmen kommunaler
Fußverkehrsplanung**

Difu-Seminar

18.–19. Juni 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12797

**Grünordnungsplan –
Ein Instrument mit Zukunft?**

Difu-Seminar

22. Juni 2020 in Berlin

➔ www.difu.de/12800

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Im Rahmen seiner öffentlichen Veranstaltungsreihe „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ bietet das Difu am Berliner Standort Veranstaltungen zu aktuellen kommunalrelevanten Themen an. Darüber hinaus sind wie immer fachbezogene Veranstaltungen im Rahmen verschiedener Projekte im Programm. Die Programme mit Anmeldeöglichkeit werden stets nach der Fertigstellung direkt unter folgenden Links veröffentlicht:

Difu-Fortbildung

➔ www.bit.ly/2m3Gw25

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

➔ www.difu.de/difu-dialoge

Dialogforum Jugendhilfe

➔ www.bit.ly/2GqfMkb

Fahrradakademie

➔ www.bit.ly/2XhrwLz

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)

➔ www.bit.ly/30uamMZ

Details, Einzelprogramme und
Online-Anmeldung stets aktuell im
Difu-Internet:

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Mit kommunaler Klimavorsorge der Hitze in der Stadt begegnen

Um Handlungserfordernisse, Wissensbedarf, Lösungsmodelle und Erfahrungen in der Hitze- und Gesundheitsvorsorge ging es bei einem Difu-Seminar, in dem auch konkrete Anwendungs- und Umsetzungsbeispiele aus Kommunen vorgestellt wurden.

Heiße Tage, Hitzeperioden, Hitzeinseleffekte und mangelnde Nachtabkühlung werden in Zukunft immer häufiger die Gesundheit und die Lebens- und Aufenthaltsqualität in dicht bebauten und besiedelten städtischen Zentren und Quartieren beeinträchtigen. Betroffen sind hiervon nicht nur eine älter werdende Bevölkerung, chronisch Kranke und Kinder, sondern auch die arbeitende Bevölkerung, die Gäste unserer Städte oder die Menschen in Stadtteilen mit geringer Umweltqualität und sanierungsbedürftigem Gebäudebestand.

Effektive Maßnahmen zur Hitze- und Gesundheitsvorsorge sind Teil einer vorausschauenden Klimaanpassung in Kommunen. Sie erfordern eine fachgebietsübergreifende Zusammenarbeit der relevanten Akteure unter Einbindung der möglichen Betroffenen von Beginn an. Sie können sich aber häufig auch auf bestehende Netzwerke im Gesundheits-, Sozial- und Pflegebereich und in Quartieren stützen. Als wichtige Aspekte dabei wurden von den am Seminar teilnehmenden Kommunen die „richtige“ Ansprache, eine transparente Vorbereitung gemeinsamer Aktivitäten sowie Unterstützung seitens der Kommunalpolitik genannt.

Das zweitägige Seminar wurde in enger Kooperation mit der Stadt Düsseldorf durchgeführt, die auch eine Fachexkursion zu Umsetzungsbeispielen in der Innenstadt anbot. Einleitend machte Dipl.-Met. Guido Halbig vom Deutschen Wetterdienst (DWD), Standort Essen, in seinem Vortrag deutlich, welche deutlichen Erhöhungen der Temperaturen auch für Deutschlands Kommunen zu erwarten sind. Dr. Hans-Guido Mücke vom Umweltbundesamt (UBA) stellte das Instrument des Kommunalen Hitzeaktionsplans vor, der einen guten Orientierungs- und Gestaltungsrahmen für eine integrierte Hitzevorsorge in Städten, Gemeinden und Landkreisen bietet.

Aus der kommunalen Praxis stellten Vertretende der Städte Karlsruhe, Ludwigsburg, Erfurt, Jena und der gastgebenden Stadt Düsseldorf vor, mit welchen Maßnahmen, Instrumenten, Aktivitäten und Partnern ihre Kommunen bereits Hitzevorsorge betreiben. Deutlich wurde aus den anschaulichen Vorträgen, dass Aktivitäten zur Klima- und Hitzevorsorge gerade dann erfolgreich



in Verwaltungen geplant und durchgeführt werden können, wenn diese von Beginn an bspw. in einen Prozess zur nachhaltigen Stadtentwicklung oder Grünentwicklung eingebettet oder anderweitig politisch flankiert sind und auch relevante Externe von außerhalb der Verwaltungen beteiligt sind. Eine weitere wichtige Empfehlung der Städte Karlsruhe und Düsseldorf war, als Kommunen auch ‚über den Tellerrand zu schauen‘ und Erfahrungen aus dem Ausland zu übernehmen, bspw. aus Frankreich, wo kommunale Hitzeaktionspläne als Reaktion auf die Hitzewelle von 2003 flächendeckend umgesetzt sind.

In verschiedenen Arbeitsgruppen zum Erfahrungsaustausch diskutierten die über 40 Teilnehmenden mit den Fachleuten, mit welchen Maßnahmen und Methoden Betroffene und Zuständige am besten in Aktivitäten zur Hitzevorsorge eingebunden werden können und wie und von wem ein guter Mix aus kommunikativen, sozialen, organisatorischen und technischen Maßnahmen erarbeitet werden kann. Als wesentlicher Bedarf wurden seitens der Kommunen Weiterbildungen und Coachings im Bereich Kommunikation, Sensibilisierung und Moderation in der Hitzevorsorge sowie einfach verständliches Klimawissen genannt, außerdem mehr zeitliche Kapazitäten u.a. in den Gesundheitsämtern für eine klimabezogene Gesundheitsvorsorge, Förderungen und Umsetzungshinweise für die Erstellung von Hitzeaktionsplanungen und die präventive Erarbeitung von Schlüsselmaßnahmen, Informationsmaterialien und Kontaktlisten zur sofortigen Nutzung bei der nächsten Hitzewelle.



www.difu.de/12649



Dipl.-Ing. Jens Hasse

+49 221 340308-25

hasse@difu.de

Dipl.-Geogr. Luise Willen

+49 221 340308-19

willen@difu.de

Bürgerdialog in Zeiten aufgeheizter Debatten

Kommunikation ist nicht nur im Krisenfall wichtig, sie muss in den kommunalen Alltag integriert sein und benötigt ein langfristiges strategisches Konzept, so das Resümee des Difu-Seminars zum Bürgerdialog zu Migrations- und Integrationsthemen.

Der allgemeine gesellschaftliche Diskurs zu Zuwanderung und Integration spiegelt sich in den Debatten vor Ort. Seit etwa 2005 wurde Integration verstärkt zum Thema, gleichzeitig wurden Strukturen der Integrationsarbeit auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene aufgebaut. Kommunen brachten erste Integrationskonzepte und Leitlinien im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern auf den Weg, die heute in unterschiedlicher Form in den meisten größeren Städten vorliegen. Nicht immer wurde die Chance genutzt, die Erarbeitung von Konzepten als längerfristigen Dialog- und Verständigungsprozess zu etablieren.



Der sich bereits seit 2010 abzeichnende Fachkräftemangel führte zu einer weiteren Öffnung. In Fachkreisen wurde über die Notwendigkeit der Etablierung einer Willkommens- und Anerkennungskultur und die interkulturelle Öffnung der Institutionen gesprochen, um mehr qualifizierte Zuwanderer anzuwerben. Es fand insgesamt ein Perspektivenwechsel hin zu den Potenzialen der Zuwandernden statt. Der Fachkräftemangel ermöglichte es zudem erstmals über Fragen der Integration von Geflüchteten zu sprechen. Diese waren bei allen vorherigen Integrationsdebatten aufgrund ihrer unklaren Aufenthaltsperspektive ausgenommen. In 2015/2016 kam es dann zum viel beachteten bürgerschaftlichen Engagement für Geflüchtete und einer auf einer breiten gesellschaftlichen Basis gelebten Willkommenskultur

mit vielen Initiativen, die sich um das Ankommen und Einleben der Geflüchteten in die Gesellschaft kümmern und teils noch heute aktiv sind.

In diesem Zusammenhang zeigte sich, dass die „Zuwanderungsfrage“ vielerorts ein hoch emotionales und stimmungsmachendes Thema ist. Die Gesellschaft scheint heute in ihren Einstellungen gegenüber Migration tief gespalten. Doch die Versachlichung der Debatte ist schwierig, da Politik diffus und eher ambivalent zwischen Anerkennung und erhöhter Abschreckung agiert und sich nicht immer eindeutig gegen Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt positioniert. Dies führt zu allgemeinen Verunsicherungen und hat nicht nur Spaltungstendenzen in der Gesellschaft sondern auch das Erstarken populistisch-autoritärer Strömungen in der Politik gefördert.

Für die Kommunen stellt sich daher die Frage, wie man die Menschen besser erreichen kann, welche Ansprache und Form der Debatte Erfolg hat, um z.B. die Zuwanderer-Communities, aber auch die Menschen, die sich autoritären Ansichten und Bewegungen zuwenden, am Dialog zu beteiligen. Mit der Digitalisierung habe sich der Diskurs verändert, die Medienlandschaft sei zunehmend ideologisch geprägt und der Ton sei rauer geworden, so ein Statement im Rahmen des Seminars. Es sei Zeit, sich auf die Veränderungen der öffentlichen Debatte einzustellen und Gegenstrategien zu populistischer Meinungsbildung zu entwickeln. Es brauche eine klare Haltung der Politik und eine neue Dialogkultur, die auch Kompromisse ermöglicht.

Da Zuwanderung und Integration langfristige Themen sind, werden langfristig wirkende Strategien des Dialogs empfohlen. Die Nutzung digitaler Medien würde dabei helfen, eine direkte Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu führen. Ämter und Behörden könnten eine große digitale Reichweite aufbauen und dabei eigene Themen setzen. Voraussetzung sei eine professionelle Medienarbeit, die Bereitstellung von Ressourcen und die Klärung interner Kommunikations- und Entscheidungswege. Professionelle Kommunikation sei nicht nur im Krisenfall wichtig, sie müsse in das kommunale Alltagshandeln integriert werden und benötige ein gutes, vorausschauendes Konzept.



www.difu.de/13086



Dipl.-Soz.
 Gudrun Kirchhoff
 +49 30 39001-192
 kirchhoff@difu.de



Was ist schön? Neubau oder Rekonstruktion?

Beim Erfahrungsaustausch Baukultur des Difu in Berlin tauschten sich Fachleute aus Wissenschaft, Planungsbüros und Kommunen über die Architektur von Neubauten und historisch anmutende Rekonstruktionsvorhaben aus.

Was bietet der Neubau aktuell an Qualitäten? Welchen Beitrag leistet er zu einem qualitativollen Stadtbild und welchen mit Blick auf unterschiedliche Bauaufgaben und Nutzungsarten? Reichen diese zur adäquaten Gestaltung des gebauten Raums eigentlich aus und wenn nein, warum nicht? Während Rekonstruktionen unter Fachleuten viel kritisiert, von der Bevölkerung aber oft gewünscht werden, stellt die Austauschbarkeit vieler moderner Gebäude für kaum jemanden eine Alternative dar. Fast immer stehen die Neubauten in der Kritik.



Foto: Wolf-Christian Strauss, Difu

Diskutiert wurden diese Fragen beispielhaft anhand verschiedener Neubauvorhaben im gesamten Bundesgebiet. Überzeugen konnten dabei vor allem die Vorhaben aus Rottenburg und Hamburg. Selbstbewusst mit einer eigenen modernen Architektursprache, wiesen die präsentierten Beispiele entscheidende gestalterische Bezüge zur Umgebung auf: Vor allem über städtebauliche Raumkanten, die Kubatur und die Materialität ist das jeweilige Einfügen in den städtebaulichen Kontext gelungen.

Ist das Neubauvorhaben jedoch von einer Größenordnung, die ein Bezugnehmen auf die gebaute Umgebung erschwert, sind noch einmal weitere bzw. ganz andere Qualitäten gefragt. Die Teilnehmenden des Erfahrungsaustausches konnten sich in der sogenannten Europacity ein entsprechendes Bild machen. Hier entsteht auf rund 61 Hektar in zentraler Lage Berlins und direkter Nachbarschaft zum Hauptbahnhof ein neues Quartier zum Wohnen und Arbeiten, mit Services und Dienstleistungen. Die Europacity soll dabei ein urbanes Lebens- und Wohngefühl vermitteln. Während auf

der Gebäudeebene vereinzelt durchaus Qualitäten erkennbar waren, ließ der Städtebau jedoch für die Mehrheit der Teilnehmenden noch Fragen offen. Potenziale für spannende Stadträume oder attraktive Aufenthaltsbereiche vor allem im Uferbereich eines angrenzenden Kanals erschienen nicht genügend ausgeschöpft.

Wenn der Neubau nicht überzeugt, liegt die Lösung dann in der Wiederherstellung einer „guten Stube“? Warum spricht sich die Bevölkerung vielerorts vehement für Rekonstruktionsvorhaben aus? Wird dies mit „Heimat“ verbunden? Bietet die Rekonstruktion einen sicheren Anker in einer sich schnell veränderten Welt? Und über welchen Zeitschnitt reden wir eigentlich bei der Rekonstruktion – wer bestimmt ihn, welcher ist „der Richtige“? Welche Rolle spielen dabei eine mit Orten oder Gebäuden verbundene Emotionalität, der Geist des Ortes und die geplanten neuen Nutzungen neuer alter Gebäude? Diese und weitere Fragen wurden am Beispiel der neuen Altstadt in Frankfurt sowie dem Wiederaufbau der Potsdamer Mitte diskutiert. Letztere, mit dem bereits realisierten Landtag und der angrenzenden Blockrandbebauung zwischen Humboldtstraße und einem Seitenarm der Havel, konnte zudem bei einer Exkursion vor Ort besichtigt werden.

Die Mehrheit der Teilnehmenden sprach sich am Ende des Erfahrungsaustausches gegen die Umsetzung von Rekonstruktionsvorhaben aus – zumindest auf der Gebäudeebene. Es überwiegt eher der Wunsch nach einer qualitativollen, selbstbewussten und vor allem unverwechselbaren Neubauarchitektur – ein Anspruch, den jedoch nicht alle aktuellen Vorhaben erfüllen. Die Rekonstruktion von historischen Stadtgrundrissen scheint dagegen vielerorts eine Option, wenn nicht gar ein erklärtes Ziel zu sein. Denn ein qualitativolles Weiterbauen innerhalb der Siedlungszusammenhänge setzt bei einem guten Städtebau mit attraktiven Stadträumen an. Und das ist etwas, was viele vergangene Epochen bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts hinein vorzuweisen haben.

Der Erfahrungsaustausch wird mit verschiedenen Schwerpunkten rund um das Thema Baukultur fortgesetzt.



www.difu.de/13132



Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
+49 30 39001-296
strauss@difu.de

Kommunale Verkehrsplanung in einer sich wandelnden Gesellschaft

Was bedeuten Digitalisierung, veränderte Freizeit- und Arbeitsgewohnheiten für die Verkehrsplanung? Darüber diskutierten Verkehrsfachleute aus ganz Deutschland bei einem Difu-Seminar in Berlin.

Für die strategische Verkehrsplanung in Kommunen werden in der Regel Verkehrsentwicklungspläne (VEP) erstellt. Weil eine solche Verkehrsplanung einen Zeithorizont von zehn bis fünfzehn Jahren hat, ist dabei eine Auseinandersetzung mit langfristigen Entwicklungen, die Auswirkungen auf Verkehr und Mobilität haben, notwendig. Um aktuelle und künftige Entwicklungstrends ging es daher auch in einem Difu-Seminar in Berlin.

Zur Einschätzung von Veränderungsprozessen kann ein Blick in die Vergangenheit aufschlussreich sein. Die Erhebung „Mobilität in Deutschland“ (MiD) lässt vergleichende Auswertungen für die Jahre 2002, 2008 und 2017 zu. Sie verdeutlicht, dass das Mobilitätsverhalten insgesamt erstaunlich stabil ist, anders ausgedrückt: Die seit Jahren zu hörende Veränderungsretorik ist noch nicht in der alltäglichen Mobilität angekommen. So liegt überall die Zahl der Wege pro Tag bei rund 3,1 und die Unterwegszeit beträgt rund 80 Minuten. Auch der „Modal Split“ ist veränderungsresistent, zugenommen hat allerdings die Verkehrsleistung, d.h. die Wege werden länger.

Treiber und Spiegel der Veränderungen ist insbesondere die Digitalisierung. Treiber, weil beispielsweise Smartphones und Algorithmen neue Mobilitätsoptionen oder Übernachtungsmöglichkeiten (Stichwort Airbnb) verfügbar machen. Spiegel, da sich zum Beispiel Erwerbsarbeit in größeren räumlichen Zusammenhängen abspielt und einfache Buchungsmöglichkeiten häufige Kurzreisen erleichtern (Stichwort Städtetourismus). Gerade auch im Freizeitverkehr ist die Differenzierung von Lebensstilen erkennbar: Ging man früher einfach zur Gymnastik, so stehen heute mit Pilates, Bodybalance und diversen Spielformen des Yoga vielfältige Angebote zur Verfügung, alles ein Abbild der differenzierten Lebenswelten einer postmodernen Gesellschaft. Die Wege zum Freizeitangebot werden hierdurch tendenziell länger, gleichzeitig lässt die aktuelle Auswertung der MiD-Erhebung aber auch erkennen, dass jüngere Menschen und Menschen mit niedrigerem Einkommen seltener das Haus verlassen. Mit Essenslieferdiensten und Paketzustellung des Online-Handels entwickeln sich mobile Dienste als Alternative zu eigenen Wegen außer Haus.



Veränderungen und Differenzierungen sind auch in der Arbeitswelt sichtbar: Die Digitalisierung ermöglicht eine neue Flexibilität beispielsweise bei der Wahl des Standorts, von dem die Tätigkeit ausgeübt wird. Die Spezialisierung der Berufsbilder und damit auch die der Ausbildungen und des Arbeitsmarkts nimmt weiter zu, nicht zuletzt mit Konsequenzen für Wege und Distanzen. Die veränderten Geschlechterrollen erhöhen die Erwerbstätigkeit von Frauen. Die Notwendigkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren, hat Konsequenzen für die Wahl des Wohnstandorts. Die Gegenwart ist geprägt durch eine Parallelität von Sub- und Reurbanisierung.

Die mittel- bis langfristig orientierte kommunale Verkehrsplanung muss sich daher mit den verschiedenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen befassen und die Veränderungen bei Mobilität und Verkehr, die diese implizieren, im Blick haben. Dabei lässt sich Unsicherheit nicht verdrängen, aber wie kann mit ihr umgegangen werden? Eine Handlungsoption ist, für neue Mobilitätslösungen Reallabore zu schaffen, sodass Erfahrungen gesammelt, unterschiedliche Interessen ausgehandelt und ausgewertet werden können. Insgesamt sollte kommunale Verkehrsplanung als lernendes System angelegt werden, in dem Experimente möglich sind, Erfahrungen evaluiert und darauf aufbauend neue Konzepte auf den Weg gebracht werden. Zielkonflikte müssen demokratisch ausgehandelt werden und technologische Entwicklungen vor ihrer Anwendung auf Sinnhaftigkeit für die Gesellschaft geprüft und mit Augenmaß eingesetzt werden.



www.difu.de/13011



Dr. phil. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de

Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de



Iris Büchner

unterstützt seit September 2019 das „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ am Difu-Standort Berlin. Als Assistentin des Veranstaltungsteams organisiert sie am Difu die Durchführung von Workshops, Seminaren und Konferenzen. Nach ihrem Abitur in Buenos Aires/Argentinien absolvierte Iris Büchner in Berlin eine Ausbildung zur Veranstaltungskauffrau und organisierte von 2012 bis 2019 Fortbildungsveranstaltungen für Zahnmediziner. Berufsbegleitend durchlief sie eine Weiterbildung zur IHK-geprüften Veranstaltungsfachwirtin, die sie 2017 abgeschlossen hat.

Finya Eichhorst

arbeitet seit August 2019 als Referentin für Veranstaltungen und Fördermittelberatung des „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ am Difu-Standort Berlin. Sie studierte Urban Design an der TU Berlin sowie in Kopenhagen und unterstützte das Team bereits seit 2017 als studentische Hilfskraft. Ihren Bachelor in Geographie hat sie an der Humboldt-Universität zu Berlin und in Stockholm absolviert. Vor ihrer Tätigkeit am Difu führte sie in einem Stadtplanungsbüro Vernetzungsveranstaltungen für die lokale Ebene durch und beschäftigte sich im Rahmen des Studiums mit den Themen nachhaltige Stadtentwicklung und Klimaschutz. Seit Dezember 2019 ist Eichhorst zusätzlich im Projekt „Climate Smart Cities“ für die Konzeption und Durchführung von Workshops in drei indischen Städten zuständig.

Dagmar Köhler

leitet seit November 2019 das Team Nahmobilität des Difu-Forschungsbereichs Mobilität sowie die Fahrradakademie am Difu. Als Expertin für europäische Verkehrspolitik und internationale Vernetzung von Städten und Regionen war sie acht Jahre lang für das europäische Städtenetzwerk POLIS in Brüssel und beriet sich mit Städtevertreterinnen und Städtevertretern aus ganz Europa sowie aus EU-Institutionen und Verbänden zu Themen wie Fuß- und Radverkehr, Verkehrssicherheit, Innovation, Emissionsreduzierung oder Verkehrsplanung. Difu-Wissenschaftlerin Dagmar Köhler studierte Geografie und Kommunikationswissenschaften in Leipzig, Madrid und Stellenbosch und arbeitete neben Berlin und Brüssel auch in Leipzig, Lima und Pretoria.

Anna Lotta Nagel

hat das Difu nach mehr als sechs Jahren im Forschungsbereich Umwelt Ende Januar verlassen. 2013 als Studentin begonnen, beriet sie seit 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz“ Kommunen zu Handlungs- und Fördermöglichkeiten im Klimaschutz. Zuletzt koordinierte sie das projektinterne Veranstaltungsteam. Ihre Arbeitsschwerpunkte lagen in den Themenfeldern kommunaler Klimaschutz, der Einbindung zivilgesellschaftlichen Engagements sowie Klimaschutz auf Landkreisebene. Seit 2019 arbeitete sie darüber hinaus im deutsch-indischen Projekt „Climate Smart Cities“, das indische Städte bei der Verankerung klimafreundlicher Maßnahmen im Rahmen ihrer Smart-City-Projekte unterstützt. Anna Lotta Nagel arbeitet und lebt künftig in Brüssel.

Oliver Peters

ist seit Oktober 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Team „Wirtschaft und Finanzen“ des Difu-Forschungsbereichs „Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen“. Er wirkt dort an der Weiterentwicklung des Themenfelds Stadt- und Regionalökonomie mit und forscht zu Fragen der Umsetzung der Sustainable Development Goals auf kommunaler Ebene. Oliver Peters studierte Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Umweltmanagement sowie Raumentwicklung und Natursourcenmanagement in Berlin und Dresden. Zuletzt war er im Innovationsforum Upcycling an der Hochschule Fresenius und am Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei in Projekten zu Kreislaufwirtschaft, Biodiversität und Mensch-Umwelt-Beziehungen tätig.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Iris Büchner, Finya Eichhorst, Dagmar Köhler (Fotos: Vera Gutofski), Anna Lotta Nagel (Foto: Tina Merkau), Oliver Peters (Foto: Vera Gutofski)



Delegation aus Südasiens im Difu empfangen

Am 5. Februar begrüßte Difu-Wissenschaftler Dr. Jens Libbe aus dem Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen eine Besucherdelegation aus Südasiens. Unter dem Titel „Smart Cities as a public task“ wurde dem Expertenkreis, bestehend aus Führungspersonlichkeiten und Mitgliedern verschiedener NGOs, zunächst die Arbeitsweise des Instituts präsentiert. Dem folgte ein anregender Austausch über Menschenrechte sowie Aspekte der Nachhaltigkeit im Kontext der Entwicklung von Smart-Cities.

Glossar zu Kinder- und Jugendhilfe sowie Behindertenhilfe online

Mit Blick auf die geplante Modernisierung des SGB VIII im Sinne einer inklusiven Lösung hat sich das Team des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis. Inklusiv Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten“ zur Aufgabe gesetzt, den Diskurs innerhalb des laufenden Entwicklungsprozesses für Fach- und Führungskräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Behindertenhilfe transparent aufzubereiten. Daher wurde ein Glossar entwickelt, das online zugänglich ist. Es soll einen Einblick zu aktuell diskutierten Begrifflichkeiten und Hinweise zum Weiterlesen geben sowie dazu einladen, den Diskurs vor Ort aktiv mitzugestalten.

➔ www.jugendhilfe-inklusiv.de

Difu-Institutskonferenz: Wissen generieren und teilen

Bei der Difu-internen Institutskonferenz am 23. Januar ging es darum, Stärken und Kompetenzen zusammenzubringen, über die Zukunftsthemen der Kommunen und damit auch über die künftige Arbeit des Difu zu diskutieren. Thematisiert wurden zentrale Querschnittsthemen, die Difu-Institutsstrategie 2025+ sowie verschiedene Aspekte des wissenschaftlichen Arbeitens am Institut.

Difu auf „Zukunftsforum Ländliche Entwicklung“ der Grünen Woche

Beim „Zukunftsforum Ländliche Entwicklung“, zu dem das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) anlässlich der Grünen Woche 2020 eingeladen hatte, führten

die Difu-Wissenschaftler*innen Jan Abt, Dr. Stephanie Bock und Julia Diring im Rahmen des wissenschaftlichen Begleitvorhabens KomKomIn am 22. Januar ein Fachforum „Gemeinschaftlich finanzieren – Kooperations- und Finanzierungsmodelle für zukunftsfähige Kommunen“ durch. Den rund 180 Teilnehmenden stellten sie ausgewählte Ergebnisse aus der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ vor.

➔ www.bit.ly/2wDdJ9W

Nachhaltige Stadt: Flensburg plant suffizientes Quartier

Am 17./18. Januar fand in der Stadt Flensburg eine Bürgerbeteiligung und ein Expertenaustausch zur Entwicklung des Ost-Hafens statt. In dem Hafen wird ein gemischt genutztes urbanes Gebiet mit mehr als 1.000 Wohneinheiten entstehen. Der Suffizienz-Gedanke soll bei der Entwicklung eine wesentliche Rolle spielen. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung gab Difu-Wissenschaftler Maic Verbücheln einen Input zum Thema Klimaschutz und Stadtentwicklung und führte mit Expert*innen der Verwaltung den Workshop „Klimaschutz als Baustein zur nachhaltigen Entwicklung des Ost-Hafens in Flensburg – mit Blick auf die Suffizienz“ durch.

➔ www.bit.ly/3bNWHWL

Difu bei Veranstaltung zur Innenentwicklung in Nienburg

Difu-Wissenschaftlerin Dr. Stephanie Bock hat am 16. Januar die Veranstaltung „Nienburg/Weser: Eine Region, die vorankommt – durch Innenentwicklung die gesamte Region stärken“ moderiert. Vorgestellt und mit den rund 30 anwesenden Bürgermeister*innen und Verwaltungsleiter*innen diskutiert wurde der im Rahmen des BMBF-Projekts „Kommunen innovativ“ entwickelte Interkommunale Flächenfonds (KIF), der im Landkreis nun modellhaft umgesetzt werden wird.

➔ www.bit.ly/2T8cp6A

Difu im Expertenbeirat des Kompetenznetzwerks Klima mobil

Difu-Wissenschaftler Tilman Bracher, Forschungsbereich Mobilität, wurde in den Expertenbeirat des Kompetenznetzwerks Klima mobil der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg berufen. Der Beirat

unterstützt die Identifikation hocheffizienter Maßnahmen zum Klimaschutz im Verkehr und die Entwicklung eines darauf aufbauenden Beratungsangebots für Kommunen. Gefördert wird das Kompetenznetz Klima Mobil im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI).

➔ www.bit.ly/38S0osB

Difu bei Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus zu Inklusion

Am 5. Dezember 2019 war Difu-Wissenschaftlerin Kerstin Landua zu einer Anhörung im Abgeordnetenhaus von Berlin eingeladen. In der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie ging es um „Inklusion in der Berliner Jugendhilfe“. Kerstin Landua trug dem Gremium die Kernergebnisse aus den Expertengesprächen des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis. Inklusiv Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten“ vor.

➔ www.bit.ly/2SSHk6Y

Vortrag zu gemeinschaftlichem Wohnen in Oldenburg

Am 28.11.2019 stellte Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold in Oldenburg in ihrem Vortrag „Potenziale des gemeinschaftlichen Wohnens zur Entwicklung zukunftsfähiger Quartiere“ neue Erkenntnisse aus der Forschung zu gemeinschaftlichen Wohnprojekten vor. Die Veranstaltung fand im Rahmen des 12. Niedersächsischen Fachtages Wohnen im Alter „Wohnprojekte 2.0 – Impulsgeber für zukunftsfähige Gemeinschaften vor Ort“ statt.

➔ www.bit.ly/39IdGI5

Difu in Jury des Deutschen Verkehrsplanungspreises

Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer wurde in die Jury zur Vergabe des Deutschen Verkehrsplanungspreises 2020 der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (SRL) berufen. Thema ist „Vom Parkraum zum Freiraum – Projekte und Konzepte zur Verkehrswende im öffentlichen Raum“.

Fotos

Foto groß: Difu Institutskonferenz 2020 (Foto: Sybille Wenke-Thiem, Difu)
Häuserfassaden (Foto: Stadt Oldenburg)



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunalbezogene Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an diese Infos über die Rubrik „Extranet“. Im Berichte-Heft sind Exklusiv-Inhalte mit dem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -Verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:
 www.difu.de/extranet

Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:
 www.difu.de/institut/zuwender

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme mit dem Umgang oder Fragen bestehen, so unterstützt der Bereich Wissensmanagement des Difu gern bei der Herstellung des Zugangs:

Susanne Plagemann, M.A.
+49 30/39001-274
plagemann@difu.de

Kostenfreie Difu-eBooks für Zuwender: Bezugsverfahren vereinfacht

Die Bestellung kostenfreier Difu-eBooks kann künftig auch direkt durch Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeitende der Difu-Zuwenderstädte und -verbände erfolgen. Zum Erhalt der einzelnen Codes müssen daher nicht mehr jedesmal die Difu-Ansprechpartner*innen kontaktiert werden. Details hierzu auf der Difu-Homepage:
 www.difu.de/12544

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Berichte 1/2020
 www.bit.ly/2vvKuFG

Klimawandel in Kommunen – jetzt vorsorgen und gestalten!
  www.difu.de/13359

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen 2019
  www.difu.de/13161

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung 2019
  www.difu.de/13162

ÖPNV-Infrastruktur: Modell der Nutznießerfinanzierung
  www.difu.de/13158

#klimahacks No. 2: Mach Dein Projekt zu klimafreundlicher Ernährung. Eine Anleitung für mehr Klimaschutz
 www.difu.de/13066

#klimahacks No. 1: Mach Dein Projekt zu Lastenrädern
Eine Anleitung für mehr Klimaschutz
 www.difu.de/13033

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Mobility as a Service (MaaS) – Game Changer für urbane Mobilität?
  www.difu.de/13352

Der ÖPNV als Rückgrat der Verkehrswende
  www.difu.de/13351

Platz für die Verkehrswende! Parkraumpolitik in Berlin
(Videodokumentation und Folien zu den Vorträgen)
 www.difu.de/12960

Die Schule als Lebenswelt
Neue Anforderungen an den Schulbau
  www.difu.de/13192

Bürgerdialog in Zeiten aufgeheizter Debatten
Bedeutung kommunaler Kommunikationsstrategien zu Migration und Integration
  www.difu.de/13086

Jenseits der Kirchturmpolitik – Interkommunale Zusammenarbeit in der Stadtregion
  www.difu.de/13040

Was ist schön?
Neubau oder Rekonstruktion?
Erfahrungsaustausch Baukultur
  www.difu.de/13132



Presseresonanz – das Difu in den Medien:

In den nachfolgenden Beiträgen wurde das Difu erwähnt – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen direkt zu den Beiträgen.

Süddeutsche Zeitung, 11.2.2020

Forderung: Bessere Bedingungen zum Ehrentag für Winterradler

Mehr und sicherere Radwege, gute Parkmöglichkeiten und Abhilfe gegen vereiste Strecken: An diesem Freitag (14. Februar) wird der alljährliche „Winter-Bike-to-Work-Day“ (Winter-Fahrradpendler-Tag) begangen, ein Ehrentag für Fahrradfahrer, die auch bei Kälte und Dunkelheit mit zur Arbeit radeln.

➔ www.bit.ly/3a54kX7

VDI Nachrichten, 6.2.2020

Kopfsache Smart City

Die intelligente Stadt ist keine Frage der Technik allein. Sie muss auch in den Köpfen der Menschen ankommen. Nur so funktioniert es.

➔ www.bit.ly/2VmB9uH

rbb, radio eins, Die Sonntagsfahrer, 2.2.2020

Wie sinnvoll ist ein 365-Euro-Ticket für Berlin?

Die Berliner SPD und fordert ein 365-Euro-Ticket für den ÖPNV. In Wien gibt es ein solches bereits seit Jahren. Was wir von Österreich lernen können, warum die 365 keine ideale Zahl ist und welche Option wir noch haben, besprechen Patricia Pantel und Andreas Keßler mit Dr. Jürgen Gies vom Difu in Berlin.

➔ www.bit.ly/2SI0BvO

Deutschlandfunk Kultur, Zeitfragen, 28.1.2020

Verkehrswende ohne Fußgänger?

Gemessen an ihrer Zahl ist die Bedeutung der Fußgänger in der Verkehrspolitik gering. Dabei brauchen sie „nur“ geeignete Wege. Genau das ist das Problem, denn der knappe Verkehrsraum ist umkämpft. Kommen Fußgänger bei der Verkehrswende unter die Räder?

➔ www.bit.ly/36zSceJ

Berliner Zeitung, 23.1.2020

Bis zu 240 Euro für einen Bewohnerparkausweis

Der Unterausschuss des Bundesrats stimmt einem Antrag des Landes Berlin zu. Bereits ab diesem Frühjahr zahlen Kurzparker mehr.

➔ www.bit.ly/31dSuHf

Publicus, 1/2020

Demografie: Leitfaden für Kommunen

Kooperationen zwischen Kommunen sichern Lebensqualität im ländlichen Raum. Demografischer Wandel ist eine Herausforderung.

➔ www.bit.ly/384zs7D

WDR 5, Neugier genügt – Redezeit, 14.1.2020

Zu Fuß durch die Stadt

Umweltfreundlich, gesund – trotzdem unterschätzt: In Verkehrskonzepten wird das Zufußgehen vernachlässigt, beklagt Mobilitätsexpertin Uta Bauer. Sie fordert, den Fußverkehr politisch systematisch zu stärken und berichtet in der Redezeit von positiven Beispielen aus mehreren europäischen Städten.

➔ www.bit.ly/2uytYz

SWR2, 18.12.2019

Fußgänger – die vernachlässigten Verkehrsteilnehmer

Gerade in Innenstädten sind viele Menschen zu Fuß unterwegs. Trotzdem werden Fußgänger in der Verkehrsplanung selten berücksichtigt. Ein Fehler, findet das Difu.

➔ www.bit.ly/2uq3tkv

DEMO online, 5.12.2019

Chancen und Probleme durch E-Scooter für die Städte

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat das Thema „E-Tretroller: Chance oder Bürde für die Städte?“ kürzlich in Berlin unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit beleuchtet. Die E-Scooter sind effizient, benötigen aber noch ein aufwändiges Flottenmanagement. Vor allem ÖPNV und Fußwege werden ersetzt; doch die Wissenschaft sieht auch Potenzial zum Ersatz von Kfz-Verkehr.

➔ www.bit.ly/2RquQ74

Green Building, 1.12.2019

Klimaaktive Kommune 2019: zehn Preisträger ausgezeichnet

Zehn Kommunen sind als Sieger beim bundesweiten Wettbewerb „Klimaaktive Kommune

2019“ ausgezeichnet worden. Ihre vorbildlichen Projekte zeigen vielfältige Wege zu erfolgreichem Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels.

➔ www.bit.ly/2UqfmSm

Stadt der Zukunft, FAZ-Beilage, Dez. 2019 „Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein“

Prof. Dr. Carsten Kühl, Wissenschaftlicher Direktor/Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik, zu Auswirkungen, Voraussetzungen und Wissensbedarf zum Thema Digitalisierung in den Kommunen.

➔ www.bit.ly/2UxgYts

+3 Magazin, Dez. 2019

Wir fragen: Wie smart kann die Stadt sein?

Smarte Städteplaner denken Blau: Die Farbe gilt als unaufdringlich und produktivitätssteigernd – außerdem ist sie die Lieblingsfarbe der Deutschen (40 %), weit vor Rot (19 %).

➔ www.bit.ly/2TQgrCF

Die Wohnungswirtschaft

Erfolgreiche Planungen durch Gendergerechtigkeit – Bilanz und Ausblick

Ein Überblick über gendergerechte Planung in Deutschland zeigt, wie städtische Leitbilder und Strukturen anfangs bestehende Rollenbilder stabilisierten und in der folgenden Entwicklung zu deren Überwindung beitragen konnten.

➔ www.bit.ly/2GwnXL1

ZDF-Mittagsmagazin, 27.11.2019, ab Min. 20:00

Wachstumsschmerzen im Speckgürtel

Immer mehr Städte ziehen raus in die Vororte. Die stellt das durchaus vor infrastrukturelle Probleme. Welche Lösungen es für ein besseres Wachsen der Metropolregionen geben könnte, erläutert Henrik Scheller vom Difu im Interview.

➔ www.bit.ly/2NXo72h

Immobilien Aktuell, 25.11.2019

Vom Mietendeckel und einer bodenpolitischen Agenda

Prof. Dr. Carsten Kühl, Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), befürchtet, dass sinnvolle praktische Maßnahmen durch den Politik-Rost fallen.

➔ www.bit.ly/2O97Hnw



Deutsches Institut
für Urbanistik

Deutsches Institut
für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
www.difu.de

